Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen

Band 18

Impressum

Herausgeber :
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Redaktion:
Bianca Oswald, Hans Lohmann

Preis dieser Ausgabe: 2,10 EUR

Erscheinungsfolge: unregelmäßig

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW,
Postfach 10 11 05,
40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51,
40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 9449-4481/4431
Telefax: 0211 442006
Internet: http://www.lds.nrw.de
E-Mail: poststelle@lds.nrw.de

sowie der Buchhandel.

Pressestelle:
0211 9449-4429/4436

Zentraler Informationsdienst:
0211 9449-4457/4406

© Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, Düsseldorf, 2004

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Bestell-Nr. Z 08 1 2004 56

ISSN 1619-506X

Inhalt

Gesamtwirtschaftliche Investitionen: Schlüssel zur ökonomischen Leistungsfähigkeit von Regionen? **3**
Ein Vergleich der regionalen Investitionstätigkeit
Dr. Marco Scharmer

Arbeitsuchende und Methoden der Arbeitsuche in NRW **11**
Dipl.-Math. Paul Berke

Index **23**

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
–	nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
. . .	Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
( )	Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
/	keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
x	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
p	vorläufige Zahl
r	berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich
aus dem Runden der Einzelwerte.

Gesamtwirtschaftliche Investitionen: Schlüssel zur ökonomischen Leistungsfähigkeit von Regionen?

Ein Vergleich der regionalen Investitionstätigkeit

Dr. Marco Scharmer

Die kreisfreien Städte gelten als die wirtschaftlichen Leistungszentren des Landes, wird hier doch mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts von Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet. Wie ist aber die Tatsache zu beurteilen, dass sie seit Jahren deutlich geringere Wachstumsraten für das Bruttoinlandsprodukt aufweisen als die Kreise? Ähnliche Entwicklungen sind auch bei anderen Merkmalen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu erkennen, insbesondere bei den Investitionen, die als wichtige Einflussgröße für gesamtwirtschaftliches Wachstum und die Wirtschaftskraft in der Zukunft gelten. Es stellt sich die Frage, ob die an der Peripherie der ökonomischen Ballungszentren gelegenen Kreise durch die Entwicklungen ihres Wirtschaftswachstums aufholen und vielleicht sogar zu den kreisfreien Städten aufschließen konnten. In dem vorliegenden Beitrag werden die Anlageinvestitionen[1)] in den Regionen NRWs analysiert. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen die Unterschiede in der Höhe und in der zeitlichen Entwicklung der Investitionen zwischen den kreisfreien Städten und Kreisen sowie deren Einfluss auf das Wirtschaftswachstum.

Wirtschaftswachstum der kreisfreien Städte und Kreise

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder werden auch regionalisierte Ergebnisse für kreisfreie Städte und Kreise entsprechend dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet. Gegenwärtig sind für die Anlageinvestitionen auf Kreisebene Zeitreihen von 1991 bis zum Jahr 2001 verfügbar.[2)] Deshalb werden die regionalen Ergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ebenfalls nur für diesen Zeitraum betrachtet. Für die hier untersuchte Fragestellung ist aber weniger die Aktualität, sondern viel mehr die Verfügbarkeit von Daten für einen längeren Zeitraum bedeutend.

Die Wirtschaftsentwicklung in Nordrhein-Westfalen ist im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr nominal um 2,1 Prozent gewachsen, das BIP belief sich auf gut 458 Mrd. Euro. Nachdem 1991 noch 362 Mrd. Euro erwirtschaftet wurden, entspricht dieses sogar einem nominalen Wachstum von 26,6 Prozent in den letzten 10 Jahren. Allerdings hatte ein großer Teil dieses Wachstums seine Ursache in Preissteigerungen. Da auf Kreisebene keine geeigneten Deflatoren zur Verfügung stehen, können im Folgenden alle regionalen Angaben nur in jeweiligen Preisen ausgedrückt werden.

In der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in NRW bestehen regional, insbesondere zwischen den städtischen Ballungszentren und den ländlich geprägten Kreisen, große Differenzen. Zwar war der Unterschied im Jahr 2001 für das erwirtschaftete BIP in den nordrhein-westfälischen kreisfreien Städten mit nominal 234 Mrd. Euro zu 224 Mrd. Euro in den Kreisen nicht so deutlich. Doch entwickelte sich das Wirtschaftswachstum in den kreisfreien Städten und Kreisen nicht einheitlich. So wuchs 2001 die Wirtschaft in den Kreisen mit 2,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr deutlich stärker als in den kreisfreien Städten (1,8 Prozent). Seit 1991 weisen die Kreise mit 2,7 Prozent ein stärkeres durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum als die kreisfreien Städte auf, deren durchschnittliches jährliches Wachstum im gleichen Zeitraum lediglich bei 2,1 Prozent lag.

Das höchste durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum zwischen 1991 und 2001 verzeichnete der Rhein-Kreis Neuss mit 4,1 Prozent. Unter den kreisfreien Städten erzielte Gelsenkirchen mit durchschnittlich 3,8 Prozent diese Spitzenposition. Insgesamt war ebenfalls der Rhein-Kreis Neuss mit 49,6 Prozent Veränderung des BIP von 1991 zu 2001 Spitzenreiter, während unter den kreisfreien Städten Gelsenkirchen mit 44,8 Prozent die höchste Zunahme des BIP erzielte.

Investitionen in neue Anlagen in den kreisfreien Städten und Kreisen

Nun stehen die Ausstattung mit und die Qualität der Produktionsfaktoren stehen in einem engen Zusammenhang zur Wirtschaftskraft einer Region. Als Einflussgrößen für wirtschaftliches Wachstum gelten daher nicht zuletzt die Ausgestaltung und Verteilung von Investitionen. Investitionen in Produktionsfaktoren sind Investitionen in den Wirtschaftsstandort, da sie mittelbar gesamtwirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung fördern und Einkommen schaffen können. Im Folgenden werden die Anlageinvestitionen in den kreisfreien Städten und Kreisen NRWs analysiert. Hierbei sollen die Unterschiede in der Höhe und in der zeitlichen Entwicklung der Investitionen sowie der Vergleich zwischen den kreisfreien Städten und Kreisen betrachtet werden.

In NRW erreichten die Investitionen in neue Anlagen im Jahr 2001 preisbereinigt 86,6 Mrd. Euro; sie lagen

1) Als Anlageinvestitionen gelten die Käufe neuer Anlagen (neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen, einschl. eingeführter und selbsterstellter Anlagen). Zusammen mit den Käufen von gebrauchten Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen bilden sie die Bruttoanlageinvestitionen. Bei der Verwendung der Begriffe Investitionen oder Anlageinvestitionen werden hier nur die Investitionen in neue Anlagen verstanden. – 2) Auf Grund der späten Verfügbarkeit zahlreicher in die Berechnung eingehender Primärstatistiken liegen Ergebnisse der Anlageinvestitionen für das Berechnungsjahr 2002 auf Landesebene erst im November 2004 und auf Kreisebene einen Monat später vor.

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 1991 und 2001 nach kreisfreien Städten und Kreisen

Rang 2001	Rang 1991	Kreisfreie Stadt Kreis	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 1991	2001	durchschnittliche Veränderungsrate 1991 – 2001	Veränderung 2001 gegenüber 1991
			Mill. EUR		%	
1	1	Köln, krfr. Stadt	29 744	39 668	2,9	33,4
2	2	Düsseldorf, krfr. Stadt	26 937	36 338	3,0	34,9
3	3	Essen, krfr. Stadt	16 743	18 007	0,7	7,6
4	4	Dortmund, krfr. Stadt	12 825	15 469	1,9	20,6
5	12	Rhein-Kreis Neuss	8 174	12 230	4,1	49,6
6	6	Mettmann, Kreis	9 605	12 225	2,4	27,3
7	5	Duisburg, krfr. Stadt	10 568	12 040	1,3	13,9
8	10	Märkischer Kreis	9 206	11 060	1,9	20,1
9	7	Bonn, krfr. Stadt	9 540	11 016	1,4	15,5
10	9	Recklinghausen, Kreis	9 323	10 789	1,5	15,7
11	8	Bochum, krfr. Stadt	9 376	10 727	1,4	14,4
12	13	Rhein-Erft-Kreis	7 688	10 330	3,0	34,4
13	15	Rhein-Sieg-Kreis	7 382	10 213	3,3	38,4
14	17	Gütersloh, krfr. Stadt	6 898	9 657	3,4	40,0
15	16	Münster, krfr. Stadt	7 085	9 584	3,1	35,3
16	14	Bielefeld, krfr. Stadt	7 622	9 508	2,2	24,7
17	11	Wuppertal, krfr. Stadt	8 234	9 471	1,4	15,0
18	18	Steinfurt, Kreis	6 478	8 525	2,8	31,6
19	22	Minden-Lübbecke, Kreis	6 100	8 083	2,9	32,5
20	24	Borken, Kreis	5 809	7 989	3,2	37,5
21	19	Wesel, Kreis	6 477	7 932	2,0	22,5
22	25	Aachen, krfr. Stadt	5 721	7 846	3,2	37,1
23	21	Lippe, Kreis	6 131	7 766	2,4	26,7
24	20	Siegen-Wittgenstein, Kreis	6 245	7 763	2,2	24,3
25	23	Unna, Kreis	5 833	7 479	2,5	28,2
26	34	Soest, Kreis	4 912	7 185	3,9	46,3
27	26	Ennepe-Ruhr-Kreis	5 662	6 941	2,1	22,6
28	27	Krefeld, krfr. Stadt	5 651	6 820	1,9	20,7
29	33	Paderborn, Kreis	4 957	6 688	3,0	34,9
30	31	Mönchengladbach, krfr. Stadt	5 045	6 611	2,7	31,0
31	32	Oberbergischer Kreis	5 040	6 584	2,7	30,6
32	37	Gelsenkirchen, krfr. Stadt	4 486	6 495	3,8	44,8
33	29	Hochsauerlandkreis	5 397	6 436	1,8	19,2
34	30	Herford, Kreis	5 046	6 330	2,3	25,4
35	40	Viersen, Kreis	4 360	6 149	3,5	41,0
36	39	Kleve, Kreis	4 410	6 076	3,3	37,8
37	28	Leverkusen, krfr. Stadt	5 612	5 930	0,6	5,7
38	35	Düren, Kreis	4 579	5 720	2,3	24,9
39	38	Warendorf, Kreis	4 423	5 694	2,6	28,8
40	41	Aachen, Kreis	4 266	5 337	2,3	25,1
41	42	Rhein.-Berg. Kreis	3 943	5 262	2,9	33,4
42	36	Hagen, krfr. Stadt	4 518	5 225	1,5	15,7
43	43	Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	3 930	4 419	1,2	12,4
44	44	Oberhausen, krfr. Stadt	3 467	4 183	1,9	20,7
45	46	Heinsberg, Kreis	2 944	3 907	2,9	32,7
46	49	Coesfeld, Kreis	2 814	3 818	3,1	35,7
47	48	Euskirchen, Kreis	2 861	3 570	2,2	24,8
48	52	Olpe, Kreis	2 512	3 473	3,3	38,3
49	47	Solingen, krfr. Stadt	2 928	3 452	1,7	17,9
50	51	Hamm, krfr. Stadt	2 694	3 353	2,2	24,5
51	45	Remscheid, krfr. Stadt	3 044	3 138	0,3	3,1
52	50	Herne, Kreis	2 777	2 889	0,4	4,1
53	53	Höxter, Kreis	2 368	2 839	1,8	19,9
54	54	Bottrop, krfr. Stadt	1 570	1 817	1,5	15,7
		Nordrhein-Westfalen	**361 959**	**458 059**	**2,4**	**26,6**
		davon				
		kreisfreie Städte	190 116	234 008	2,1	23,1
		Kreise	171 843	224 051	2,7	30,4

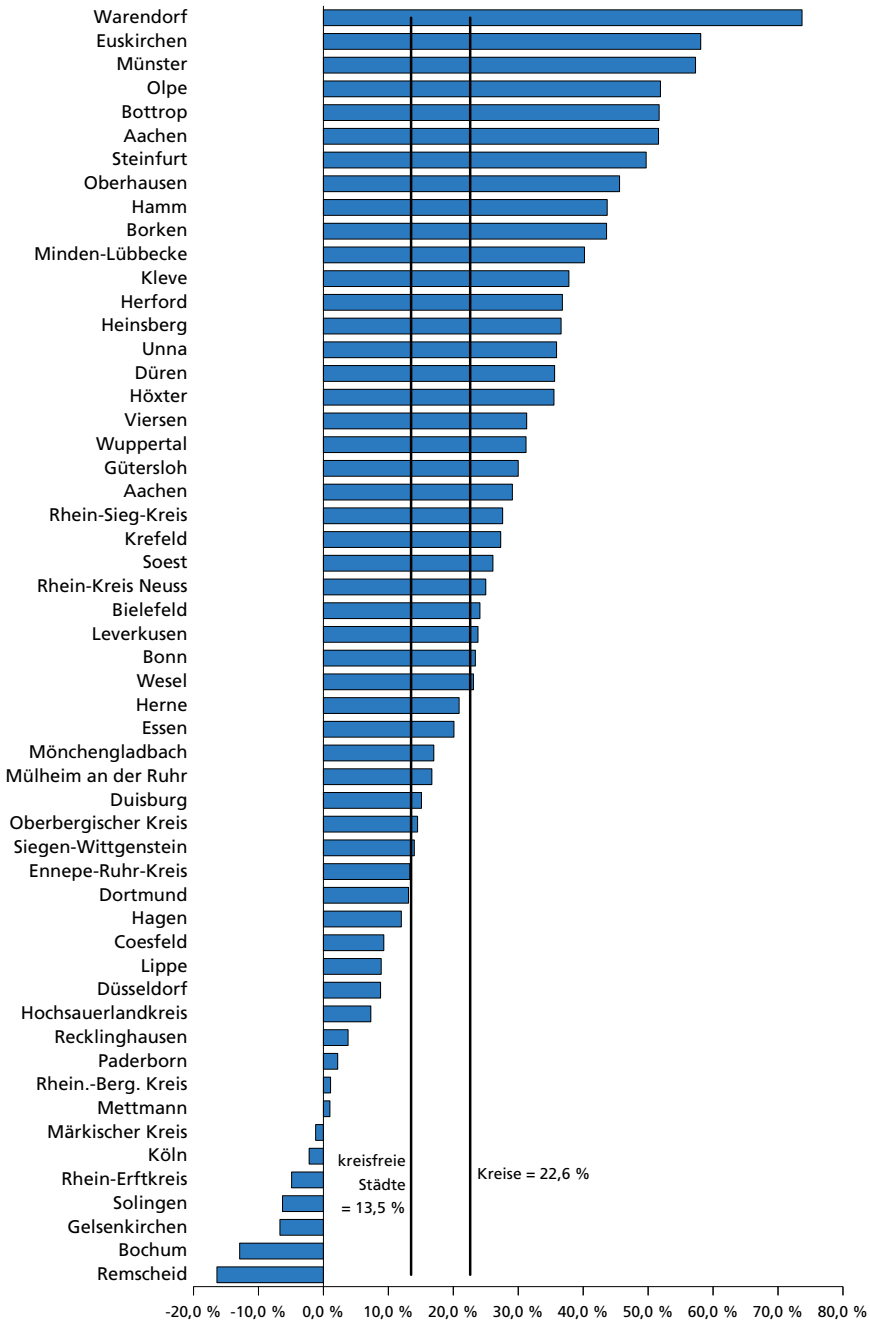
damit um 9,3 Prozent über den Investitionen im Jahr 1991. Nominal stiegen die Anlageinvestitionen sogar um 18,3 Prozent. Damit geht ein Teil des Wachstums auf Preissteigerungen zurück.[3)] Nachdem die Investitionen in NRW seit Mitte der 90er-Jahre stetig zunahmen, wurde 2001 jedoch erstmals nach 1995 weniger als im Vorjahr investiert (– 2,9 Prozent).

Der Blick auf die Ebene der kreisfreien Städte und Kreise zeigt deutliche regionale Unterschiede. In absoluten Zahlen verzeichnete die kreisfreie Stadt Köln im Jahre 2001 mit 6,4 Mrd. Euro die höchsten Anlageinvestitionen, was einem Anteil an den nordrhein-westfälischen Investitionen von 7,4 Prozent entspricht. Im Rhein-Sieg-Kreis wurden 2001 mit 2,3 Mrd. Euro die höchsten Investitionen in einem Kreis getätigt. Wie die Tabelle zu den Anlageinvestitionen zeigt, kam der Rhein-Sieg-Kreis nach fünf kreisfreien Städten jedoch nur auf den sechsten Platz aller kreisfreien Städte und Kreise in NRW.

Auch in der Entwicklung zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Regionen. So stiegen von 1991 zu 2001 die Investitionen in den Kreisen um 22,6 Prozent, in den kreisfreien Städten dagegen lediglich um 13,5 Prozent. Entfielen 1991 noch 47,5 Prozent aller Investitionen in NRW auf kreisfreie Städte, so ging der Anteil im Jahr 2001 auf 45,5 Prozent zurück. Spitzenreiter unter den kreisfreien Städten war mit 57,3 Prozent Zunahme der Investitionen seit 1991 die Stadt Münster, unter den Kreisen kam im Betrachtungszeitraum mit 73,7 Prozent der Kreis Warendorf auf die höchste Zunahme.

Solange nur ähnliche Regionen miteinander verglichen werden, genügt häufig die Konzentration auf die absolute Größe der Anlageinvestitionen. Doch wird in der Regel bei einem regionalen Vergleich der Investitionstätigkeit, gleich ob im Rahmen einer temporalen oder absoluten Betrachtung, das Ergebnis verzerrt.

Entwicklung der Anlageinvestitionen (neue Anlagen) in NRW 1991 – 2001



Grafik: LDS NRW

Denn sowohl das Ausgangsniveau als auch die in der Region vorliegende Wirtschaftskraft – als umfassendstes Maß für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gilt das BIP – haben einen entscheidenden Einfluss auf eben diese Veränderungsraten bzw. Niveaus.

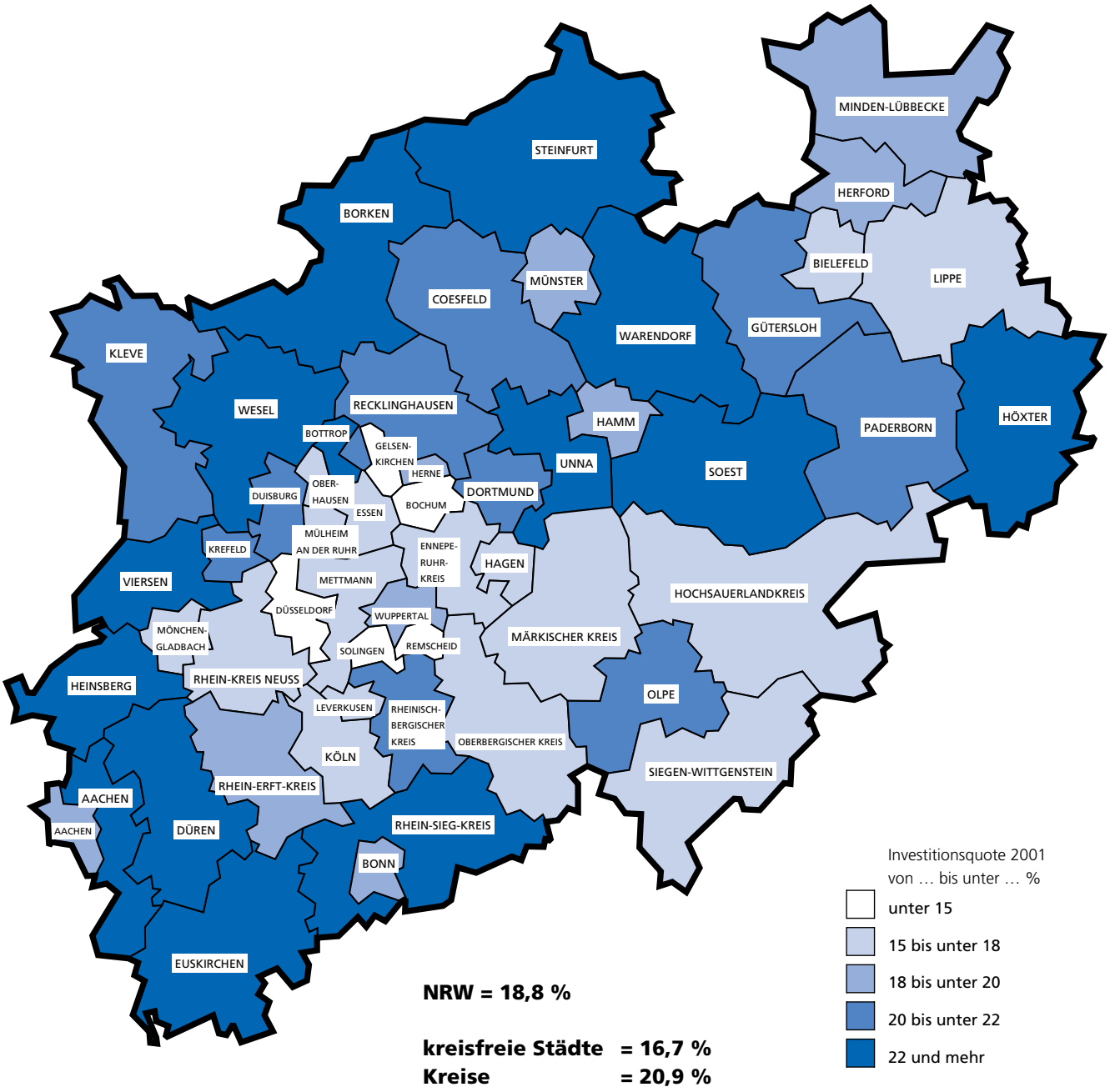
So muss in einer Region mit bereits hohen Investitionen in der Vergangenheit künftig eine ungleich höhere wirtschaftliche Dynamik vorhanden gewesen sein, um eine gleich hohe prozentuale Veränderung zu vorangegangenen Perioden zu verwirklichen als in Regionen mit geringeren absoluten Ausgangswerten. Ein reiner Vergleich der Veränderungsraten der absoluten Anlageinvestitionen suggeriert damit immer eine geringere ökonomische Dynamik der ökonomisch großen Regionen gegenüber den kleineren Einheiten. Somit ist es nicht ausreichend für einen von Verzerrungen freien Vergleich sowie für weitergehende Analysen nur auf den absoluten Indikator Anlageinvestitionen und deren Veränderung abzustellen.

3) Auch für die Betrachtung der Investitionen auf Kreisebene stehen keine geeigneten Deflatoren zur Verfügung, weshalb im Folgenden alle regionalen Angaben in jeweiligen Preisen ausgedrückt werden.

Anlageinvestitionen (neue Anlagen) in jeweiligen Preisen 1991 und 2001 nach kreisfreien Städten und Kreisen

Rang		Kreisfreie Stadt Kreis	Anlageinvestitionen (neue Anlagen) in jeweiligen Preisen			
2001	1991		1991	2001	durchschnittliche Veränderungsrate 1991 – 2001	Veränderung 2001 gegenüber 1991
			Mill. EUR		%	
1	1	Köln, krfr. Stadt	6 509	6 368	–0,2	–2,2
2	2	Düsseldorf, krfr. Stadt	4 275	4 651	+0,8	+8,8
3	3	Dortmund, krfr. Stadt	2 918	3 301	+1,2	+13,1
4	4	Essen, krfr. Stadt	2 381	2 860	+1,9	+20,1
5	7	Duisburg, krfr. Stadt	2 137	2 460	+1,4	+15,1
6	9	Rhein-Sieg-Kreis	1 814	2 314	+2,5	+27,6
7	15	Steinfurt, Kreis	1 488	2 228	+4,1	+49,7
8	6	Recklinghausen, krfr. Stadt	2 138	2 219	+0,4	+3,8
9	5	Mettmann, Kreis	2 156	2 178	+0,1	+1,0
10	10	Rhein-Kreis Neuss	1 728	2 160	+2,3	+25,0
11	12	Bonn, krfr. Stadt	1 704	2 102	+2,1	+23,4
12	14	Gütersloh, Kreis	1 600	2 079	+2,7	+30,0
13	8	Rhein-Erftkreis	2 050	1 951	–0,5	–4,9
14	18	Borken, Kreis	1 343	1 929	+3,7	+43,6
15	26	Münster, Kreis	1 160	1 825	+4,6	+57,3
16	16	Wesel, Kreis	1 418	1 745	+2,1	+23,1
17	19	Wuppertal, krfr. Stadt	1 330	1 745	+2,7	+31,2
18	11	Märkischer Kreis	1 720	1 699	–0,1	–1,2
19	22	Unna, Kreis	1 225	1 664	+3,1	+35,9
20	20	Soest, Kreis	1 282	1 617	+2,3	+26,1
21	29	Minden-Lübbecke	1 136	1 593	+3,4	+40,2
22	27	Düren, Kreis	1 137	1 542	+3,1	+35,6
23	24	Aachen, krfr. Stadt	1 188	1 534	+2,6	+29,1
24	39	Warendorf, Kreis	869	1 509	+5,7	+73,7
25	25	Bielefeld, krfr. Stadt	1 177	1 461	+2,2	+24,1
26	13	Bochum, krfr. Stadt	1 658	1 443	–1,4	–12,9
27	30	Krefeld, krfr. Stadt	1 130	1 438	+2,4	+27,3
28	17	Paderborn, Kreis	1 382	1 413	+0,2	+2,2
29	21	Lippe, Kreis	1 278	1 392	+0,9	+8,9
30	23	Siegen-Wittgenstein, Kreis	1 194	1 361	+1,3	+14,0
31	33	Viersen, Kreis	1 033	1 356	+2,8	+31,3
32	38	Aachen, Kreis	876	1 327	+4,2	+51,6
33	36	Kleve, Kreis	931	1 283	+3,3	+37,8
34	37	Herford, Kreis	919	1 257	+3,2	+36,8
35	31	Ennepe-Ruhr-Kreis	1 100	1 246	+1,3	+13,3
36	34	Oberbergischer Kreis	1 028	1 177	+1,4	+14,5
37	28	Rhein.-Berg. Kreis	1 137	1 149	+0,1	+1,1
38	32	Hochsauerlandkreis	1 045	1 121	+0,7	+7,3
39	41	Leverkusen, krfr. Stadt	838	1 037	+2,2	+23,8
40	45	Euskirchen, Kreis	651	1 030	+4,7	+58,1
41	40	Mönchengladbach, krfr. Stadt	849	993	+1,6	+17,0
42	35	Gelsenkirchen, krfr. Stadt	1 008	940	–0,7	–6,7
43	44	Heinsberg, Kreis	686	938	+3,2	+36,6
44	42	Hagen, krfr. Stadt	830	930	+1,1	+12,0
45	43	Coesfeld, Kreis	765	835	+0,9	+9,3
46	51	Olpe, Kreis	489	744	+4,3	+51,9
47	50	Oberhausen, krfr. Stadt	508	741	+3,8	+45,6
48	48	Höxter, Kreis	530	718	+3,1	+35,5
49	46	Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	594	694	+1,6	+16,7
50	53	Hamm, krfr. Stadt	464	666	+3,7	+43,7
51	52	Herne, krfr. Stadt	472	571	+1,9	+20,9
52	47	Solingen, krfr. Stadt	538	504	–0,7	–6,3
53	54	Bottrop, krfr. Stadt	287	435	+4,3	+51,7
54	49	Remscheid, krfr. Stadt	511	427	–1,8	–16,4
		Nordrhein-Westfalen	**72 614**	**85 897**	**+1,7**	**+18,3**
		davon				
		kreisfreie Städte	34 467	39 125	+1,3	+13,5
		Kreise	38 148	46 772	+2,3	+22,6

Bruttoanlageinvestitionen (neue Anlagen)
im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2001



Grafik: LDS NRW

Zur Herstellung der Vergleichbarkeit werden im Folgenden die Investitionen in neue Anlagen mit Hilfe des BIP konvertiert. Das Verhältnis Anlageinvestitionen zum BIP der Region (Investitionsquote) ist ein häufig gebrauchter Indikator zur Messung und zum Vergleich der regionalen Investitionstätigkeit. Als weitere Größe kommt daneben auch der Indikator Anlageinvestitionen je Erwerbstätigen in Betracht. Diese Messzahl stellt jedoch eher auf gesamtwirtschaftliche Einkommensaspekte ab, weshalb sie für die hier aufgestellte Fragestellung weniger gut geeignet ist und deshalb nicht weiter berücksichtigt wird.

Das Kartogramm zeigt für das Jahr 2001 die Investitionen in neue Anlagen im Verhältnis zum jeweiligen BIP der kreisfreien Städte und Kreise in NRW. Insgesamt liegen acht Kreise, aber 14 kreisfreie Städte mit ihrer Investitionsquote unter dem Landesdruchschnitt von 18,8 Prozent. Von ihrem in der Region erwirtschafteten BIP wenden die meisten kreisfreien Städte mit durchschnittlich 16,7 Prozent deutlich weniger für Investitionen in neue Anlagen auf als die nordrhein-westfälischen Kreise mit 20,9 Prozent.

Auffallend ist auch, dass sich unter den fünf Regionen mit einer Investitionsquote unter 15 Prozent ausschließlich kreisfreie Städte finden (Düsseldorf 12,8 Prozent, Bochum

13,5 Prozent, Remscheid 13,6 Prozent, Gelsenkirchen 14,5 Prozent und Solingen 14,6 Prozent). Diese fünf Städte investierten 2001 aber knapp 10 Prozent aller Anlageinvestitionen in NRW. Von den 24 Regionen, deren Investitionsquote über 20 Prozent liegt, gehören nur drei der Gruppe der kreisfreien Städte an. Von diesen fünf Städten überschreiten nur Bottrop (23,9 Prozent), Dortmund (21,3 Prozent) und Krefeld (21,1 Prozent) die durchschnittliche Investitionsquote der Kreise (20,9 Prozent) in NRW, wobei in diesen drei Städten aber lediglich knapp 6 Prozent der nordrhein-westfälischen Anlageinvestitionen getätigt wurden.

Regionen mit einer vergleichsweise hohen Investitionsquote liegen überwiegend an der Landesgrenze und bilden nahezu einen Ring um die kreisfreien Städte an Rhein und Ruhr. Ein klares Gefälle zwischen dem Rheinland und Westfalen lässt sich aber ebenso wenig erkennen wie zwischen den nördlichen und den südlichen Landesteilen. Gleichwohl liegen die Investitionsquoten im Regierungsbezirk Münster mit 21,8 Prozent am höchsten, gefolgt von den Regierungsbezirken Köln und Detmold (beide 19,5 Prozent) sowie Arnsberg (18,6 Prozent) und Düsseldorf (16,9 Prozent). Die Betrachtung nach der absoluten Höhe der Investitionen zeigt kein einheitliches Bild. Erwartungsgemäß weisen jedoch die wirtschaftlich starken und bevölkerungsreichen kreisfreien Städte Köln, Düsseldorf, Dortmund und Essen absolut die höchsten Investitionen in Bauten und Ausrüstungen aus.[4)]

Gesamtwirtschaftliche Investitionen und Wirtschaftswachstum

Zur Beantwortung der eingangs gestellten Frage, ob die i. d. R. wirtschaftlich schwächeren Kreise innerhalb des Betrachtungszeitraums über die Investitionstätigkeit einen Aufholprozess in der ökonomischen Leistungsfähigkeit einleiten konnten oder aber der Abstand zwischen kreisfreien Städten und Kreisen bestehen geblieben ist, wurden die durchschnittlichen Investitionsquoten der Regionen in den Jahren 1991 bis 2001 zur jeweiligen Veränderungsrate der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von 1991 zu 2001 in einem Streudiagramm in Beziehung gesetzt (die kreisfreien Städte wurden hierbei mit einem Punkt, die Kreise mit einem Quadrat als Symbol dargestellt).

Für einen verzerrungsfreien Vergleich des BIP bzw. dessen Veränderungsraten ist es ebenfalls notwendig, eine Bezugsgröße zu wählen, welche die Unterschiede z. B. in den Erwerbstätigenzahlen oder der regionalen Wirtschaftskraft berücksichtigt. In den regionalen VGR wird hierfür üblicherweise die Arbeitsproduktivität, ausgedrückt im BIP je Erwerbstätigen, herangezogen. Die Normierung des BIP je Erwerbstätigen bietet den Vorteil, dass Zähler und Nenner konzeptionell übereinstimmen, da Leistungs- und Bezugsindikator nach dem Inlandskonzept abgegrenzt sind. Diese konzeptionelle Übereinstimmung ist gerade bei einem Regionalvergleich in den eng verflochtenen Wirtschafts- und Arbeitsmarktregionen in NRW bedeutend, da so die innerhalb einer Region erbrachte wirtschaftliche Leistung zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort in Beziehung gesetzt wird, also jeweils einschließlich der Einpendler/-innen und ausschließlich der Auspendler/-innen.

In den vergangenen Jahren hat jedoch die Messung der Arbeitsproduktivität auf Basis der Erwerbstätigenzahlen zunehmend an Aussagekraft eingebüßt, da deren Entwicklung stark geprägt ist durch die überdurchschnittlich zunehmende Bedeutung atypischer Beschäftigungsverhältnisse, wie verschiedene Formen von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung. So hat sich die Zahl der geringfügig Beschäftigten in NRW gegenüber 1991 annähernd verdoppelt. Zudem liegt der Anteil der geringfügig Beschäftigten an den Erwerbstätigen im Durchschnitt in den nordrhein-westfälischen Kreisen mit 16 Prozent deutlich über dem entsprechenden Anteil in den kreisfreien Städten von 12 Prozent. Eine Division des BIP durch die Erwerbstätigen, also durch die ungewichtete Summe der Kopfzahlen, unabhängig von dem zeitlichen Beitrag zum Arbeitsprozess des Einzelnen, wird für die Kreise ungünstiger ausfallen und somit das Ergebnis im Regional- oder Zeitvergleich verzerren.

Aus diesem Grund wird vom Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR) auf Länderebene seit einiger Zeit auch das regionale „Arbeitsvolumen" berechnet. Es dient vor allem als weitere Bezugszahl der regionalen VGR für die Ermittlung aussagekräftiger Arbeitsproduktivitäten auf Länderebene und wird als BIP je Erwerbstätigen-Stunde gemessen. Damit ist es gelungen, einen ergänzenden Indikator der Erwerbstätigkeit zu ermitteln, bei dem die atypischen Arbeitsverhältnisse eine Gewichtung erhalten, die dem unterschiedlichen Maß ihrer jeweiligen Arbeitszeit entspricht. Für eine Arbeitsvolumen-Rechnung auf Kreisebene mangelt es bislang aber noch an einer ausreichend regionalisierbaren Datenbasis.

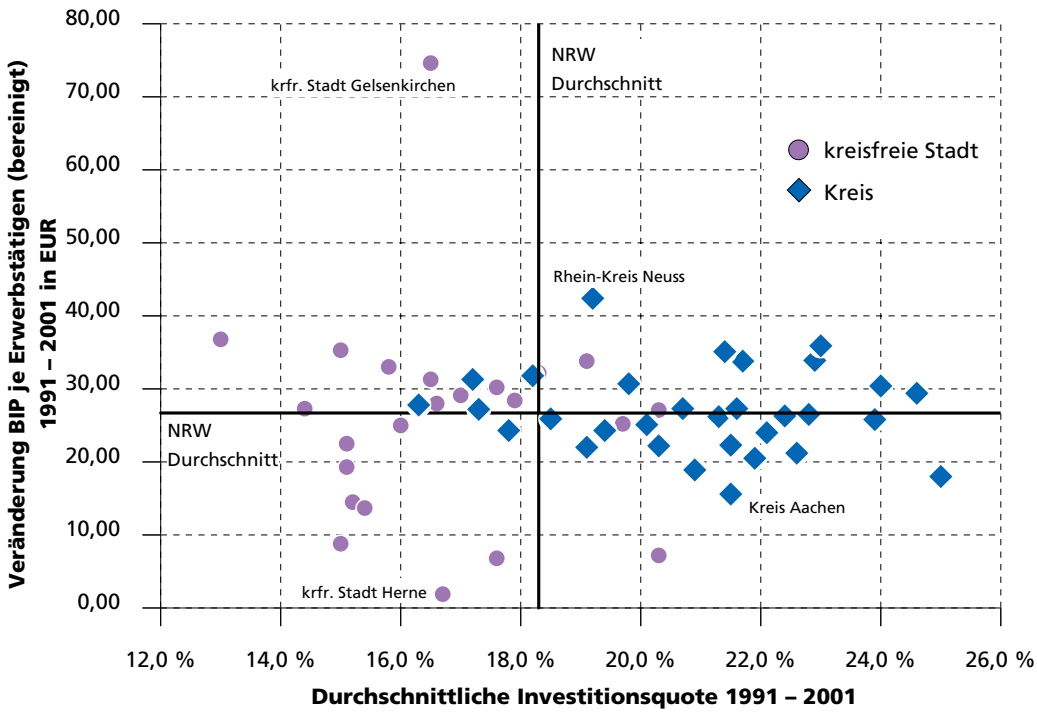
Um dennoch auch auf Kreisebene die Entwicklung des BIP je Erwerbstätigen verzerrungsfrei darstellen zu können, wurden im Folgenden die geringfügig Beschäftigten der kreisfreien Städte und Kreise vereinfacht mit dem Faktor 0,2 gewichtet in die Anzahl der Erwerbstätigen einbezogen und diese dann als „bereinigte Erwerbstätige" bezeichnet. Die so „bereinigte Erwerbstätigenzahl" besitzt sowohl in Hinsicht des absoluten Niveaus als auch hinsichtlich des methodischen Konzepts eine große Nähe zu den aktuellen Überlegungen und Modellrechnungen des AK ETR zum regionalen „Arbeitsvolumen".

In die Abbildung wurde auch der jeweilige Landesdurchschnitt für die durchschnittliche Investitionsquote sowie die Veränderung des BIP je „bereinigten Erwerbstätigen" eingefügt, wodurch sich vier Quadranten ergeben. Kreisfreie Städte und Krei-

4) Vgl. Tabelle: Bruttoinlandsprodukt 1991 – 2001 in NRW sowie Tabelle: Anlageinvestitionen 1991 – 2001 in NRW.

se, die im rechten oberen Quadranten liegen, erreichten eine überdurchschnittliche Investitionsquote und gleichzeitig ein überdurchschnittliches Wachstum des BIP je „bereinigten Erwerbstätigen“. Kreise in diesem Quadranten konnten somit offenbar über eine hohe Investitionstätigkeit einen Aufholprozess in der ökonomischen Leistungsfähigkeit einleiten. Regionen im Quadranten unten rechts konnten trotz hoher Investitionsquoten nicht ein adäquates wirtschaftliches Wachstum erreichen. Kreisfreie Städte und Kreise im Quadranten unten links weisen unterdurchschnittliche Entwicklungen in beiden Größen auf und sind im Betrachtungszeitraum deutlich zurückgefallen. Regionen im Quadranten oben links konnten trotz unterdurchschnittlicher Investitionsquoten ein überdurchschnittliches Wachstum im BIP je „bereinigten Erwerbstätigen“ erzielen.

Durchschnittliche Investitionsquote und Veränderung des BIP je Erwerbstätigen (bereinigt) 1991 – 2001

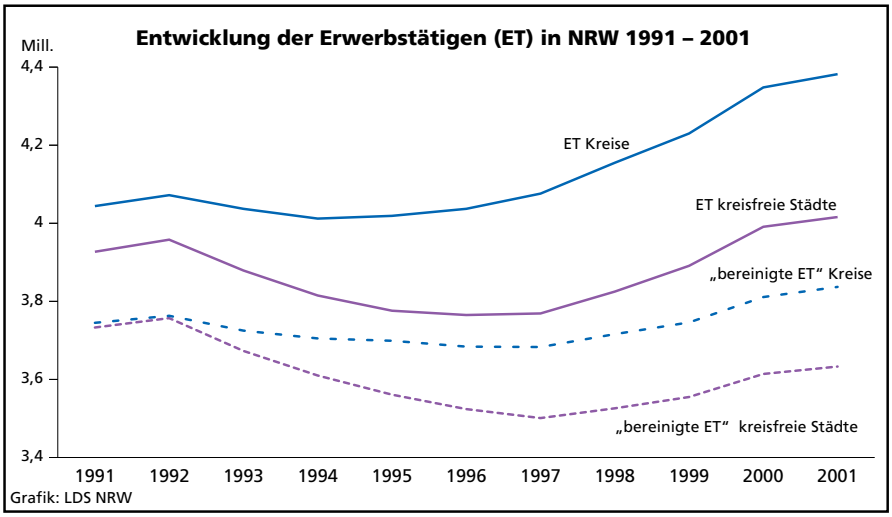


Grafik: LDS NRW

Das Streudiagramm zeigt deutlich, dass die durchschnittlichen Investitionsquoten der kreisfreien Städte überwiegend unter dem Landesdurchschnitt lagen. Gleichzeitig ist die Spannweite des Wirtschaftswachstums (BIP je „bereinigten Erwerbstätigen“) sehr viel größer als in der Gruppe der Kreise. Als extremer Ausreißer liegt Gelsenkirchen mit 74,6 Prozent Wachstum des BIP je „bereinigten Erwerbstätigen“ von 1991 zu 2001 an der Spitze, die Stadt Herne bildet mit 1,9 Prozent Produktivitätswachstum die untere Grenze. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in Gelsenkirchen die Kopfzahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum um über 10 Prozent zurückgegangen ist, während sie in NRW im Durchschnitt um 5,4 Prozent und in den kreisfreien Städten immer noch um 2,3 Prozent zunahm. Die Zahl der „bereinigten Erwerbstätigen“ nahm in Gelsenkirchen sogar um 17,1 Prozent ab. Insofern ist also der starke Anstieg der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitig niedriger durchschnittlicher Investitionsquote in Gelsenkirchen nicht uneingeschränkt als wirtschaftlicher Erfolg zu werten. Hält diese Entwicklung an, so besteht für entsprechende Regionen die Gefahr langfristig in der wirtschaftlichen Entwicklung weiter zurückzufallen.

Für die Kreise zeigt sich eine etwas andere Entwicklung. Es fällt auf, dass die Kreise im Durchschnitt eine höhere Investitionsquote aufwiesen, gleichzeitig lag aber die Veränderung des jeweiligen BIP je „bereinigten Erwerbstätigen“ meist sehr nahe am Landesdurchschnitt. Die Spannweite wird hier vom Rhein-Kreis Neuss gebildet, der mit 42,4 Prozent eine überdurchschnittliche Zunahme des BIP je „bereinigten Erwerbstätigen“ verzeichnen konnte und dem Kreis Aachen, dessen Produktivitätswachstum sich mit 15,6 Prozent trotz überdurchschnittlicher Investitionsquoten nur unterdurchschnittlich entwickelte.

Die Spannweite ist für eine erste und schnelle Abschätzung der Streuung ohne großen Rechenaufwand geeignet. Die Aussagekraft der Spannweite im hier gegebenen Zusammenhang wird aber stark eingeschränkt, da nur die beiden Regionen mit den jeweiligen extremen Merkmalswerten berücksichtigt werden und über die Streuung der dazwischen liegenden Merkmalswerte bzw. Regionen nichts ausgesagt wird. Wie anschaulich am Beispiel Gelsenkirchen gezeigt werden konnte, verzerren untypische Extremwerte der Verteilung die Aussage. Als untypisch gelten solche Merkmalsausprägungen, weil deren Erklärung nicht direkt in Verbindung steht mit dem hier darzustellenden Zusammenhang zwischen durchschnittlicher Investitionsquote und BIP je „bereinigten Erwerbstätigen“. Zur Beurteilung der relativen Streuung zwischen den oberen und unteren Merkmalswerten wurde deshalb jeweils der Variationskoeffizient berechnet. Hierbei zeigt sich, dass die relative Streuung der durchschnittlichen Investitionsquote unter den kreisfreien Städten (Variationskoeffizient: 0,113) nur unwesentlich geringer ist als unter den Kreisen (Variationskoeffizient: 0,106). Bei der Ar-



Grafik: LDS NRW

beitsproduktivität ergeben sich aber zwischen kreisfreien Städten (Variationskoeffizient: 0,557) und Kreisen (Variationskoeffizient: 0,211) deutlichere Unterschiede in der relativen Streuung der Merkmalswerte.

Insgesamt haben die Kreise im Durchschnitt zwar eine deutlich höhere Investitionsquote, jedoch gemessen an der Arbeitsproduktivität nur ein geringfügig höheres Wirtschaftswachstum. Demnach konnten die Kreise nur einen marginalen Aufholprozess des Wirtschaftswachstums gegenüber den kreisfreien Städten verzeichnen. Bei der Beurteilung, inwieweit die Kreise im Betrachtungszeitraum einen wirtschaftlichen Aufholprozess über ihre Investitionstätigkeit einleiten konnten, ist allerdings die Entwicklung der Erwerbstätigen zu beachten. Die Kreise konnten seit 1991 Beschäftigungszuwächse erzielen (8,4 Prozent), die z. T. deutlich über denen der kreisfreien Städte lagen (2,3 Prozent). Werden die hier berechneten „bereinigten Erwerbstätigen" betrachtet, dann ist der Unterschied noch deutlicher. So erreichten die Kreise zwischen 1991 und 2001 einen Beschäftigungszuwachs von 2,5 Prozent, während die kreisfreien Städte ein Minus von 2,7 Prozent verzeichneten. Wie am Beispiel Gelsenkirchen gezeigt, kann bei sinkenden Erwerbstätigenzahlen das BIP je Erwerbstätigen stark zunehmen, ohne dass dem ein vergleichbares wirtschaftliches Wachstum zugrunde liegt. Unter Heranziehung der „bereinigten Erwerbstätigenzahlen" trifft dieser Sachverhalt auf 16 der 23 kreisfreien Städte zu, aber nur auf acht der 31 Kreise in NRW. Hierin liegt also eine Erklärung für die auffällige Verteilung der kreisfreien Städte und Kreise im Streudiagramm.

Der makroökonomischen Theorie folgend besteht ein enger Zusammenhang zwischen hohen Investitionen und Wirtschaftswachstum. Dass sich dieser Zusammenhang nun aber nicht deutlicher darstellen lässt, liegt insbesondere am Fehlen eines uneingeschränkt geeigneten Indikators, mit dem die wirtschaftliche Entwicklung zuverlässig und damit frei von anderen Einflussgrößen – wie der Beschäftigtenentwicklung – gemessen werden kann. Natürlich gibt es auch weitere Einlussfaktoren, welche in der Vergangenheit die positiven Effekte einer hohen Investitionsquote überlagerten. So besitzen z. B. die vorhandene Wirtschaftsstruktur sowie die Zielrichtung der Investitionen – also die Wirtschaftszweige, in denen die Investitionen getätigt wurden – ebenfalls einen starken Einfluss auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Und schließlich beruht jede gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate und jede Investitionsquote letztlich auf einzelwirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmen und Betriebe in den kreisfreien Städten und Kreisen. Hiervon haben offenbar die kreisfreien Städte stärker profitiert als die Kreise.

Arbeitsuchende und Methoden der Arbeitsuche in NRW

Dipl.-Math. Paul Berke

In diesem Beitrag werden anhand der Ergebnisse des Mikrozensus 2003 die Methoden und die Gründe für Arbeitsuche im Kontext des Erwerbsstatus in der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beschrieben. Die der Definition zugrunde liegenden Abgrenzungen der Erwerbstätigen von den Erwerbslosen und den nicht erwerbstätigen Personen gewinnt in der Diskussion auch in Deutschland zunehmend an Bedeutung und soll ab dem Jahr 2005 Standard für die Ergebnisse des Mikrozensus werden. Anhand der Ergebnisse des Jahres 2003 wird im ersten Abschnitt gezeigt, wie und in welchen Größenordnungen sich diese Definition des Erwerbsstatus von der bisherigen Definition in der amtlichen Statistik und von der wiederum anderen Definition der Arbeitsverwaltung unterscheidet. Bei der Beschreibung der Methoden der Arbeitsuche im zweiten Abschnitt ergab sich die Schwierigkeit, dass bedingt durch Verfahrensänderungen in der Arbeitsverwaltung die Suche über das Arbeitsamt so dominant geworden ist, dass andere Suchstrukturen nur noch ansatzweise erkennbar waren. Auf die Darstellung der Suchstrukturen in Verbindung mit dem Bildungsniveau wurde zugunsten der Beschreibung von Berufsgruppen verzichtet. Nur in der Summe war erkennbar, dass mit höherem Bildungsniveau andere Suchaktivitäten als die Suche über das Arbeitsamt häufiger werden und die durchschnittliche Suchdauer abnimmt. Weitere Differenzierungen waren aber nur über die Berufsgruppen möglich, weil nicht nur im Jahr 2003 mehr als 75 % aller Arbeitsuchenden mit Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss den Abschluss einer Lehrausbildung angegeben hatten. Im dritten Abschnitt werden die Gründe für die Arbeitsuche beschrieben. Ebenso wie die Suche über das Arbeitsamt bei den Suchmethoden ist bei den Gründen für die Arbeitsuche im Jahr 2003 die Arbeitsuche nach vorheriger Entlassung noch deutlicher als in den vorherigen Jahren in den Vordergrund gerückt. Deshalb konnten andere Motive für die Arbeitsuche teilweise nur noch auf Umwegen – z. B. über die Gründe für Nichtarbeitsuche – sichtbar gemacht werden. Im letzten Abschnitt wird die Arbeitsuche und der Erwerbsstatus nach der ILO-Definition noch einmal kurz im Zeitablauf der letzten Jahre zusammengefasst. Die Verwendung des Begriffs „Arbeitsamt" und andere von der aktuellen Struktur der Arbeitsverwaltung abweichende Darstellungen in diesem Beitrag sind darauf zurückzuführen, dass in den Befragungen bis zum Jahr 2003 noch die alten Begrifflichkeiten verwendet wurden.

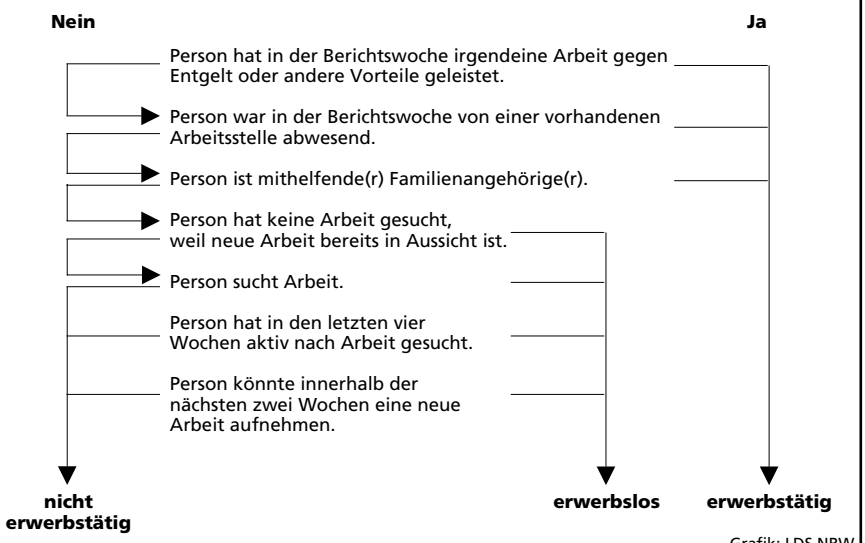
Die Definition des Erwerbsstatus nach dem ILO-Konzept

Die Unterteilung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und gleichermaßen auch die Unterteilung der in diesem Beitrag beschriebenen Arbeitsuchenden in Erwerbstätige, Erwerbs- bzw. Arbeitslose und Nichterwerbstätige richtete sich seit der Volkszählung 1987 im Mikrozensus bisher nach folgenden Definitionen: Als erwerbstätig galt jede Person in einem Arbeitsverhältnis oder einer selbstständigen Tätigkeit unabhängig von der Bedeutung des Ertrages für den Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf den Umfang der Arbeitszeit. Als erwerbslos galten alle Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt gemeldet sind oder nicht. Nach diesen Definitionen gab es im Mai 2003 in Nordrhein-Westfalen mit 7 515 000 Erwerbstätigen und 853 000 erwerbslosen Männern und Frauen insgesamt 8 368 000 Erwerbspersonen, die sich entweder aktiv oder arbeitsuchend am Erwerbsleben beteiligten. Als Differenz zur Gesamtbevölkerung gab es demnach 9 703 000 Nichterwerbstätige, von denen natürlich weder Kinder noch alte Menschen einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Um auch andere Gründe als das Alter für eine fehlende Beteiligung am Erwerbsleben betrachten zu können, stellt sich hier die Frage nach der Abgrenzung des erwerbsfähigen Alters.

Diese Abgrenzung wurde in verschiedenen Zusammenhängen und im Zeitablauf unterschiedlich vorgenommen. Das heute in Deutschland und auch international übliche Mindestalter von 15 Jahren wurde bis einschließlich 1975 noch bei 13 Jahren angesetzt. Als Obergrenze wurde im Allgemeinen der Eintritt in das Rentenalter mit 65 Lebensjahren angenommen. Nach dieser Abgrenzung des erwerbsfähigen Alters (15 – 65 Jahre) reduziert sich die Zahl der Nichterwerbstätigen auf nur noch 3 597 000 Personen.

In der gleichen Altersabgrenzung zählen im Sinne des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) alle Personen zu den Arbeitslosen, die sich persönlich beim zuständigen Arbeitsamt gemeldet haben, vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine kurzzeitige Beschäftigung ausüben, die der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen und nicht arbeitsunfähig erkrankt sind. Die Begriffe „Erwerbslose" im Mikrozensus und „Arbeitslose" in der Statistik der Arbeitsverwaltung sind daher nicht unmittelbar vergleichbar, weil für die Zuordnung einer beschäftigungslosen Person zu den Erwerbslosen die aktive Suche einer Arbeitsstelle und nicht ihre Meldung beim Arbeitsamt maßgebend ist. Andererseits zählen Personen, die im Berichtszeitraum als Arbeitslose beim Arbeitsamt gemeldet sind und gleichzeitig geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausüben, im Mikrozensus nicht zu den Erwerbslo-

Definition des Erwerbsstatus für Personen in Privathaushalten im Alter vom 15 bis 74 Jahren in der Arbeitskräftestichprobe der EU



Grafik: LDS NRW

sen, sondern zu den Erwerbstätigen. Im Jahr 2003 zeigten sich diese Unterschiede in folgenden Zahlen: Von den arbeitsuchenden Männern und Frauen waren nur 4,2 % nicht beim Arbeitsamt gemeldet. Auf der anderen Seite waren 139 000 der 976 000 beim Arbeitsamt gemeldeten Personen erwerbstätig. Nach den bisher beschriebenen Definitionen waren die verbleibenden 837 000 Personen sowohl arbeitslos im Sinne der Arbeitsverwaltung als auch erwerbslos im Sinne des Mikrozensus. Nach dieser Definition ergab sich für das Jahr 2003 eine Erwerbslosenquote von 10,1 %. Im Vergleich zu den von der Arbeitsverwaltung veröffentlichten Arbeitslosenquoten ergibt sich diese niedrigere Quote unter anderem daraus, dass in der Arbeitslosenquote ein Bezug zu den zivilen Erwerbspersonen hergestellt wird und somit auch die Soldaten im Nenner fehlen.

Eine mit 9,2 % um fast einen weiteren Prozentpunkt niedrigere Erwerbslosenquote ergibt sich nach Anwendung der im Schaubild 1 dargestellten Definition des Erwerbsstatus, die für die in den Mikrozensus integrierte Arbeitskräftestichprobe der EU in der Verordnung Nr. 1897/2000 der Kommission der europäischen Gemeinschaften vom 7. 9. 2000 festgelegt wurde. Mit dieser Verordnung wurden für die EU die – auch in den weiteren Darstellungen dieses Beitrags berücksichtigten – Definitionen für Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) übernommen. Da 97,4 % der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren nicht erwerbstätig waren und die restlichen Personen fast alle einer Erwerbstätigkeit nachgingen und nicht arbeitsuchend waren, hat die Anhebung der Obergrenze für das erwerbsfähige Alter allein betrachtet so gut wie keine Auswirkungen auf die Ergebnisse. Die Zahl der Erwerbslosen reduziert sich dagegen sowohl durch die schwächeren Anforderungen an den Status der Erwerbstätigkeit, der auch alle geringfügig Beschäftigen einschließt, als auch durch die einschränkende Bedingung, dass nur Personen, die innerhalb einer Frist von zwei Wochen eine neue Arbeit aufnehmen können, den Erwerbslosen zugerechnet werden. Durch diese letztere Bedingung werden mit insgesamt 114 000 Personen 13,7 % der beim Arbeitsamt gemeldeten Erwerbslosen zu Nichterwerbstätigen. Der Sachverhalt, dass nicht alle, sondern nur 97,1 % der 751 000 Erwerbslosen im Sinne der ILO-Definition Arbeit suchten, erklärt sich daraus, dass zum Zeitpunkt der Befragung 22 000 Erwerbslose bereits eine neue Arbeitsstelle in Aussicht hatten.

Über die 729 000 arbeitsuchenden Erwerbslosen hinaus gab es zu diesem Zeitpunkt 167 000 Erwerbstätige und 124 000 Nichterwerbstätige, die arbeitsuchend waren. Wegen dieser Überschneidungen der Arbeitsuche mit dem Erwerbsstatus ergibt sich erst aus der Kombination des Erwerbsstatus mit der Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts ein klareres Bild der Arbeitsuchenden. Von den Erwerbstätigen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt nicht aus der Erwerbstätigkeit selbst, sondern aus Unterhaltszahlungen von Familienangehörigen bestritten, waren 3,1 % arbeitsuchend. Bei den marginal erwerbstätigen Empfängern von überwiegend aus Arbeitslosen- oder Sozialhilfe bestehenden sonstigen Transferleistungen lag die Quote der Arbeitsuchenden (35,5 %) erheblich höher. Auch bei den Nichterwerbstätigen konzentrierte sich die Arbeitsuche auf die Empfänger von sonstigen Transferleistungen. In beiden Personengruppen spiegelt sich die Tendenz wider, dass Arbeitsuchende nach der neuen Definition häufiger als im bisherigen Sinn nicht als erwerbslos einzustufen sind.

Von den Arbeitsuchenden waren nach den Ergebnissen des Mikrozensus nur 16 000 Frauen und Männer auf der Suche nach einer selbstständigen Tätigkeit. Da nach den Auswertungen der Gewerbeanzeigen in den Jahren vor 2003 jeweils mehr als 100 000 Neuerrichtungen von Unternehmen zu verzeichnen waren und die Dauer der Suche nach einer selbstständigen Tätigkeit – zumindest den wenigen Angaben zufolge – nicht kürzer ausfällt als die im Durchschnitt mehr als ein Kalenderjahr umfassende Suche nach einer abhängigen Beschäftigung, ergibt sich für diesen Personenkreis eine deutliche Untererfassung. Diese Untererfassung könnte damit zusammenhängen, dass Personen, die sich um Genehmigungen bemühen oder nach Geschäftsräumen suchen, sich selbst nicht als Arbeitsuchende betrachten und daher bereits die erste Filterfrage zum Thema Arbeitsuche verneinen. Die Strukturbeschreibungen der folgenden Abschnitte dieses Beitrags beziehen sich daher fast ausschließlich auf Arbeitsuchen-

Arbeitsuchende im April 2003 nach Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt

Mit überwiegendem Lebensunterhalt aus ...	Personen im Alter von 15 und mehr Jahren				
	insgesamt		darunter Arbeitsuchende		
	insgesamt	darunter Frauen	zusammen		darunter Frauen
	1 000		1 000	%	%
Erwerbstätige					
Erwerbsttätigkeit	6 797	40,3	122	1,8	44,5
Rente, Pension, Vermögen	101	47,1	/	/	/
Unterhalt durch Angehörige	542	85,2	17	3,1	83,8
Sonstige Transferleistungen	74	48,8	26	35,5	39,3
Zusammen	**7 515**	**43,7**	**167**	**2,2**	**47,7**
Erwerbslose					
Rente, Pension, Vermögen	17	42,5	15	86,8	42,0
Unterhalt durch Angehörige	136	61,8	126	93,1	62,0
Sonstige Transferleistungen	598	32,7	588	98,3	32,5
Zusammen	**751**	**38,1**	**729**	**97,1**	**37,8**
nicht Erwerbstätige					
Rente, Pension, Vermögen	3 963	51,5	/	/	/
Unterhalt durch Angehörige	2 673	78,1	27	1,0	67,5
Sonstige Transferleistungen	408	52,5	95	23,3	38,8
Zusammen	**7 044**	**61,7**	**124**	**1,8**	**45,1**
Insgesamt					
Erwerbsttätigkeit	6 797	40,3	122	1,8	44,5
Rente, Pension, Vermögen	4 081	51,4	18	0,4	42,7
Unterhalt durch Angehörige	3 351	78,6	170	5,1	65,1
Sonstige Transferleistungen	1 080	41,2	710	65,7	33,6
Insgesamt	**15 310**	**51,7**	**1 020**	**6,7**	**40,3**

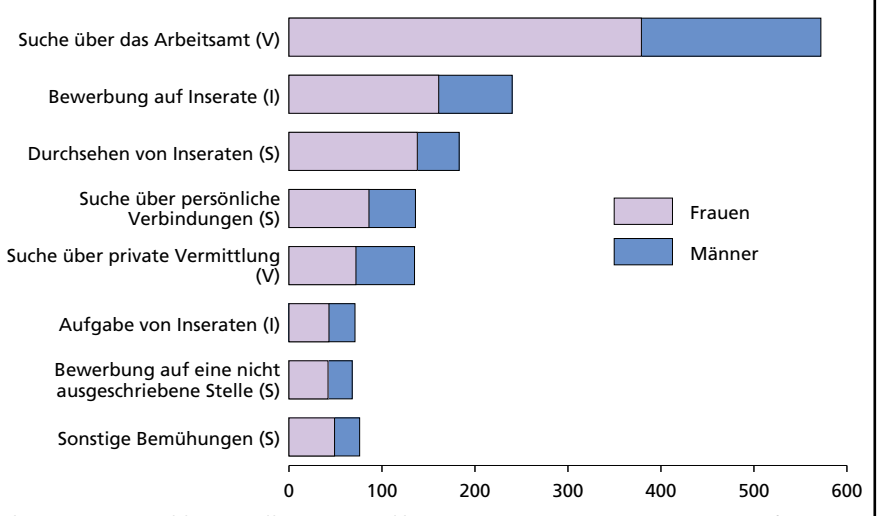
de, die aktiv eine abhängige Beschäftigung suchten. Ohne die 43 000 Arbeitsuchenden, die entweder nur passiv – d. h. ohne Suchaktivität in den vorausgegangenen vier Wochen – oder mit dem Ziel der Selbstständigkeit nach Arbeit suchten, gab es in dieser engeren Abgrenzung nur noch 26 000 Männer und Frauen, die ohne Hilfe des Arbeitsamtes nach einer abhängigen Beschäftigung suchten. Auch einschließlich der vorher genannten Personengruppen waren im Jahr 2003 nur noch 5,2 % aller Arbeitsuchenden ohne Hilfe des Arbeitsamtes auf der Suche nach einer Beschäftigung. Selbst im Vorjahr lag dieser Anteil noch bei über 22 % der Arbeitsuchenden. Auch in den Jahren davor war die Arbeitsuche nie so auf die Suche über das Arbeitsamt konzentriert, wie es im Jahr 2003 der Fall war.

Die Methoden der Suche nach einer abhängigen Beschäftigung

Von den 977 000 im Jahr 2003 aktiv nach einer abhängigen Beschäftigung suchenden Männern und Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren waren 98 % der Erwerbslosen im Sinne arbeitsuchender Nichterwerbstätiger und 83 % der Erwerbstätigen, die eine andere Tätigkeit suchten, beim Arbeitsamt gemeldet. Dies zeigt unmittelbar, dass die Arbeitsuche über die Arbeitsämter alle anderen Methoden der Arbeitsuche deutlich überragt. Nur 30,2 % der beim Arbeitsamt gemeldeten Personen gaben dabei ausschließlich die Suche über das Arbeitsamt an. Dies weicht nicht weit von dem Anteil von 22,4 % bei den nicht beim Arbeitsamt gemeldeten Arbeitsuchenden ab, die sich ebenfalls auf nur eine einzige der anderen Suchmethoden stützten. Unter den übrigen Suchmethoden kam das aktivere Bewerben auf Inserate insgesamt häufiger vor, als das einfache Durchsehen von Inseraten. Etwa jeder fünfte Arbeitsuchende nimmt bei der Arbeitsuche auch die Hilfe privater Vermittlungen in Anspruch. Diese Suchmethode ist fast immer mit anderen Aktivitäten kombiniert und wird außerdem von der Nutzung persönlicher Verbindungen bei der Arbeitsuche übertroffen.

Im Durchschnitt übte jede arbeitsuchende Person zwischen zwei und drei verschiedene Suchaktivitäten aus. Im Vergleich zum Vorjahr 2002 zeigte sich damit nicht nur ein Anstieg der Zahl der Arbeitsuchenden um rund 155 000 Personen, sondern auch ein überproportionaler Anstieg der Zahl der Suchaktivitäten, ohne dass dabei Veränderungen der Reihenfolgen oder wesentliche Verschiebungen in den Proportionen der Suchmethoden zu verzeichnen waren. Von allen Aktivitäten entfielen 38,8 % auf die Suche über das Arbeitsamt. Dem Anstieg dieses Anteils um 2,0 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr standen entsprechende relative Rückgänge der Bewerbungen auf Inserate und des Durchsehens von Inseraten gegenüber. Der Anteil der Suche über das Arbeitsamt an allen Aktivitäten

Methoden der Arbeitsuche*) 2003



*) Arbeitsvermittlung (V), Inserate (I) und Sonstiges (S)

Grafik: LDS NRW

betrug bei den Arbeitsuchenden im Alter ab 55 Jahren sowohl für Frauen als auch für Männer über 50 %, während alle Jüngeren beiderlei Geschlechts unter dem vorher genannten durchschnittlichen Anteil lagen. Unter diesem Blickwinkel zeigen sich hinsichtlich der übrigen Aktivitäten folgende Schwerpunkte: Männer dominierten bei den Suchen über private Vermittlungen, die insgesamt 8,5 % der Aktivitäten ausmachten. Mit der Bewerbung auf Inserate oder auf nicht ausgeschriebene Stellen (zusammen 20,8 %) waren sowohl Männer als auch Frauen im Alter von unter 55 Jahren überdurchschnittlich oft aktiv. Den höchsten relativen Anteil an Bewerbungen auf nicht ausgeschriebene Stellen erreichten dabei die Frauen im Alter von unter 30 Jahren. Die Aufgabe eigener Inserate hatte bei den Frauen im Alter von unter 30 Jahren (5,1 %) und bei den älteren Männern (4,9 %) die höchsten Anteile. Die Arbeitsuche über persönliche Verbindungen (9,0 %) wies dagegen keinen geschlechtsspezifischen Unterschied auf, sondern konzentrierte sich auf die mittlere Altersgruppe der Arbeitsuchenden im Alter zwischen 30 und 55 Jahren. Beim Durchsehen von Inseraten dominierten dagegen – ebenso wie bei der Aufgabe eigener Inserate – wieder jüngere Frauen.

Dieser erste Blick auf die Zahl der Suchaktivitäten und die demografische Struktur der Akteure legt es nahe, die Wirkung und die Hintergründe der verschiedenen Suchmethoden näher zu untersuchen. Da 95 % der Arbeitsuchenden die Suche über das Arbeitsamt als erste bzw. wichtigste Methode angegeben haben, kann die Wirkung der übrigen Suchmethoden erst in der Kombination mit dieser Methode untersucht werden. Dazu wurden in der nächsten Tabelle die Suchen über das Arbeitsamt und die Suchen über private Vermittlungen zusammengefasst. Nicht unterschieden wurde dabei auch die Bewerbung auf Inserate von der Aufgabe von Inseraten. Das Durchsehen von Inseraten wurde dagegen mit den sonstigen Methoden zusammengefasst, weil diese Methode unspezifische Strukturen aufwies. Es zeigt sich, dass Arbeitsuchende, die Suchmethoden aus allen drei Zusammenfassungen gleichzeitig anwenden, im Durchschnitt bis zum Zeitpunkt der Befragung zwei Monate weniger auf Arbeitsuche waren als alle Arbeitsuchenden mit einer durchschnittlichen Suchdauer[1)] von 21 Monaten. Obwohl weder die Intensität noch die Effizienz der einzelnen Arbeitsuchmethoden aus den vorhandenen Daten direkt zu ermitteln ist, zeigt bereits dieses Ergebnis, dass die Kombination mehrerer Suchmethoden als Indikator für intensivere Suchaktivitäten und die mittlere Suchdauer als Indikator für die Erfolgsquote der Suchbemühungen angesehen werden kann. Dem entspricht auch das Ergebnis der Arbeitsuchenden, die ausschließlich die Dienste von öffentlichen oder privaten Arbeitsvermittlungen in Anspruch nehmen. In dieser Gruppe von Arbeitsuchenden suchten im Jahr 2003 die Männer bereits 26 Monate und die Frauen 24 Monate. Entsprechend hoch fiel in dieser Gruppe bei den Männern (54 %) und bei den Frauen (48 %) auch der Anteil der Arbeitsuchenden aus, die bereits länger als ein Jahr auf Suche waren. Auffällig ist, dass auch in allen anderen Kombinationen von Suchaktivitäten Frauen auf kürzere Suchzeiten zurückblicken konnten, als Männer.

1) Bei der Schätzung der arithmetischen Mittel wurde die Zeitangabe „Weniger als 1 Monat" mit einem Monat und die Zeitangabe „4 und mehr Jahre" mit 84 Monaten (= 7 Jahre) in die Berechnungen einbezogen.

Von den Arbeitsuchenden, die ausschließlich oder vorzugsweise eine Teilzeitbeschäftigung suchten, waren 85,7 % Frauen. Die nahe liegende Vermutung, dass die kürzeren Suchdauern der Frauen damit zusammenhängen, ist jedoch unzutreffend, weil alle eher nach einer Vollzeitbeschäftigung Suchenden im Durchschnitt nur

Arbeitsuchende nach Dauer und Kombinationen der Suchbemühungen

Arbeitsuchende mit Angaben zur Dauer der Arbeitssuche[1)]	Arbeitsvermittlung (V), Inserate (I) und Sonstiges (S)	Arbeitsvermittlung und Inserate	Arbeitsvermittlung und Sonstiges	Nur Arbeitsvermittlung	Nur Inserate oder Sonstiges	Insgesamt
			Männer			
Arbeitssuchende in 1 000	**184**	**56**	**104**	**162**	**21**	**527**
Durchschnittliche Suchdauer in Monaten	20	20	23	26	19	22
Anteil der länger als ein Jahr Suchenden in %	42,6	42,5	46,7	54,0	35,6	46,6
			Frauen			
Arbeitssuchende in 1 000	**116**	**40**	**74**	**103**	**22**	**355**
Durchschnittliche Suchdauer in Monaten	17	16	19	24	16	19
Anteil der länger als ein Jahr Suchenden in %	37,3	33,9	38,9	47,7	34,7	40,1
			Insgesamt			
Arbeitssuchende in 1 000	**300**	**96**	**178**	**266**	**42**	**882**
Durchschnittliche Suchdauer in Monaten	19	18	21	25	17	21
Anteil der länger als ein Jahr Suchenden in %	40,5	38,9	43,4	51,6	35,1	44,0

1) In der Tabelle fehlen 122 000 Arbeitsuchende ohne Angabe zur Dauer der Suche.

Arbeitsuchende nach Berufsgruppen und Kombinationen der Suchbemühungen

Über Arbeitsvermittlungen Suchende mit Angaben zum gegenwärtigen bzw. früheren Beruf[1)]	Arbeitssuchende						Durchschnittliche Suchdauer
	insgesamt		davon suchen über				
	insgesamt	darunter Frauen	Arbeitsvermittlung (V), Inserate (I) und Sonstiges (S)	Arbeitsvermittlung und Inserate	Arbeitsvermittlung und Sonstiges	nur Arbeitsvermittlung	
	1 000	%					Monate
Landwirte, Gärtner, Förster	25	24,6	37,5	16,8	15,7	29,9	24
Bergleute und Industrieberufe	159	18,9	29,5	17,0	18,1	35,4	23
Hoch- und Tiefbauberufe, Ausbauberufe	83	4,2	31,7	8,7	23,8	35,9	23
Warenprüfer, Maschinisten und Hilfsarbeiter	85	36,1	25,2	10,5	20,4	43,8	25
Ingenieure und Techniker	44	19,5	36,4	13,9	23,1	26,5	21
Waren- und Dienstleistungskaufleute	90	65,9	31,1	17,7	19,6	31,5	21
Verkehrsberufe	81	12,7	36,1	14,9	22,6	26,4	23
Verwaltungs- und Büroberufe	143	61,4	39,6	17,3	18,3	24,8	20
Sonstige Dienstleistungsberufe	199	56,9	30,0	11,9	23,8	34,2	21
Insgesamt	**910**	**38,6**	**32,3**	**14,3**	**20,8**	**32,6**	**22**

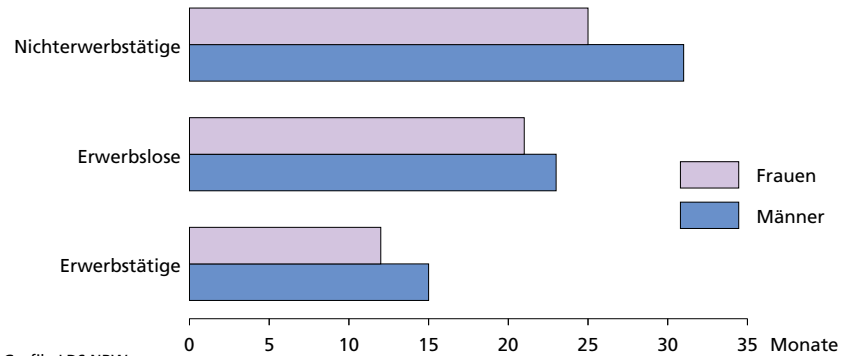
1) In der Tabelle fehlen alle nicht über Arbeitsvermittlungen Suchende, alle Personen auf der Suche nach einer selbstständigen Tätigkeit und alle nur passiv Suchenden.

21,5 Monate auf Arbeitsuche waren, während die Suche nach einer Teilzeitbeschäftigung im Durchschnitt bereits 22,1 Monate andauerte. Stattdessen ist die kürzere Suchzeit der Frauen vermutlich darauf zurückzuführen, dass sie in den noch expandierenden Berufsgruppen häufiger vertreten sind als Männer. Wenn man unterstellt, dass das inhaltliche Ziel der Arbeitsuche sich bei Erwerbstätigen nach dem gegenwärtigen Beruf und bei den Nichterwerbstätigen nach dem früheren Beruf richtet, zeigt sich in der Summe folgendes Bild: Von den durchschnittlich 23,1 Monate suchenden Angehörigen eines Produktionsberufs waren nur 19,4 % Frauen. Auf der anderen Seite betrug der Frauenanteil bei den Arbeitsuchenden in den Dienstleistungsberufen ohne Kaufleute und Verkehrsberufe 60,5 % verbunden mit einer mittleren Suchdauer von nur 19,8 Monaten.

Bedingt durch die Dominanz der Suche über das Arbeitsamt und die Kombination mit anderen Suchaktivitäten ist der – an der bisherigen Dauer der Arbeitsuche gemessene – Erfolg der einzelnen Aktivitäten nicht direkt, sondern nur in der Kombination mit anderen Suchaktivitäten zu sehen. Hinzu kommt, dass die hohen Anteile der Männer und Frauen an den Arbeitsuchenden, die schon länger als ein Jahr auf der Suche sind, einen nivellierenden Einfluss auf die durchschnittliche Suchdauer gewinnen. Daraus ergibt sich, dass bereits kleinere Unterschiede in dieser Messzahl erhebliche Strukturunterschiede signalisieren können. Mit den genannten Einschränkungen ist festzustellen, dass die längsten Suchdauern in den Personengruppen zu finden sind, die ausschließlich die Dienste von Arbeitsvermittlungen in Anspruch nehmen. Hervorzuheben ist hier die überwiegend in der Industrie beschäftigte Berufsgruppe der Warenprüfer, Maschinisten und Hilfsarbeiter, die bei einem unterdurchschnittlichen Frauenanteil die höchste Quote an ausschließlich über Arbeitsvermittlung Suchenden und die längste durchschnittliche Suchdauer aufwies.
Auf der anderen Seite sind die Verwaltungs- und Büroberufe zu nennen, deren Frauenanteil an allen Arbeitsuchenden dieser Berufsgruppe von 61,4 % nur noch in der Berufsgruppe der Waren- und Dienstleistungskaufleute übertroffen wurde. In der erstgenannten Berufsgruppe traf die kürzeste mittlere Suchdauer mit dem höchsten Anteil der Arbeitsuchenden zusammen, die – über die Inanspruchnahme der Dienste von Arbeitsvermittlungen hinaus – auch über Inserate und weitere Suchbemühungen aktiv waren.

Mit der Beschreibung der alters- und geschlechtsspezifischen Präferenzen bezüglich der angewandten Suchmethoden und deren Schwerpunkte in der Gliederung nach dem gegenwärtigen oder früheren Beruf konnte in diesem Abschnitt zunächst nur geklärt werden, dass der Einsatz bestimmter Suchmethoden und die Dauer der Suche nicht mit dem Umfang der gesuchten Beschäftigung zusammenhängt, sondern sich aus anderen Strukturen erklärt. Im nächsten Abschnitt wird der Versuch unternommen, anhand der Gründe für die Arbeitsuche festzustellen, welche Motive bei Männern und Frauen zur Arbeitsuche geführt haben und wie sie sich auf die Arbeitsuche auswirken.

Arbeitsuchende nach der durchschnittlichen Dauer der Arbeitsuche



Grafik: LDS NRW

Einen ersten Hinweis liefert bereits die Aufgliederung der Arbeitsuchenden nach dem im ersten Abschnitt vorgestellten ILO-Erwerbsstatus. Hier zeigt sich, dass bereits hinsichtlich der durchschnittlichen Suchdauer erhebliche Unterschiede zwischen Erwerbstätigen, den unmittelbar dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Erwerbslosen und den arbeitsuchenden Nichterwerbstätigen bestehen.

Da auch die Gründe dafür, dass Arbeitsuchende dem Arbeitsmarkt nicht unmittelbar – d. h. innerhalb der nächsten 14 Tage – zur Verfügung stehen, im Mikrozensus erhoben worden sind, kann im nächsten Abschnitt auch geprüft werden, welche Motive und welche Methoden der Arbeitsuche mit dem in der Grafik auf Seite 15 dargestellten Ergebnis verbunden sind.

Die Gründe für die Arbeitsuche

Befragt nach den Gründen für die Arbeitsuche als Erwerbstätige gaben 39,5 % der Männer und Frauen an, dass die gegenwärtige Tätigkeit nur eine Übergangslösung darstellt bzw. kurz vor der Beendigung steht. Auf die Suche nach besseren Arbeitsbedingungen und auf andere nicht näher bezeichnete Gründe entfielen jeweils rund 21 % der Antworten. Weitere Gründe, wie die Suche nach längeren Arbeitszeiten wurden seltener genannt. So gut wie nie wurde eine zweite Tätigkeit oder – auch nicht von erwerbstätigen Frauen – eine Tätigkeit mit kürzeren Arbeitszeiten gesucht.

Ebenso wie bei den arbeitsuchenden Erwerbstätigen die bevorstehende Entlassung, ist auch bei den Nichterwerbstätigen die bereits erfolgte Entlassung das Hauptmotiv für die Arbeitsuche. Dies traf insgesamt auf 61,4 % der Männer und 46,8 % der Frauen zu. Weniger als 10 % der Männer und Frauen gaben an, nach eigener Kündigung, nach freiwilliger Unterbrechung oder nach Übergang in den Ruhestand die Arbeitsuche aufgenommen zu haben. Stattdessen gaben 27 % der Männer und 35 % der Frauen andere als die vorher bezeichneten Gründe für die Arbeitsuche an.

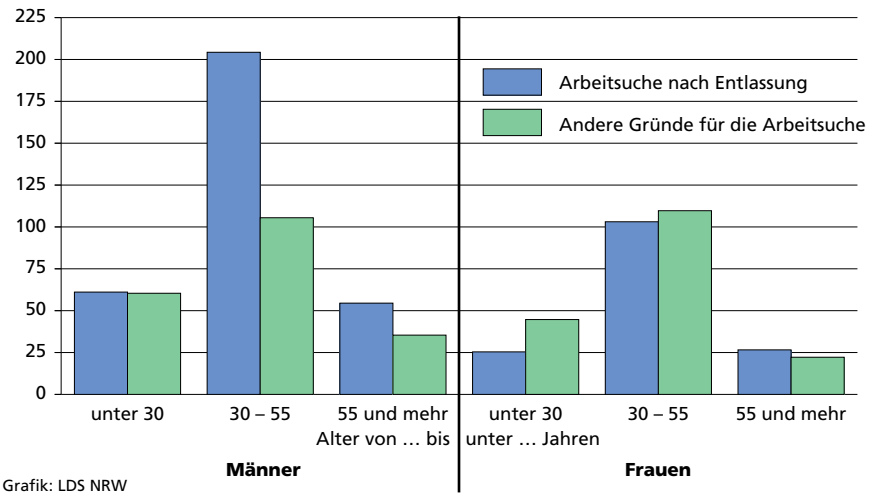
Aus der Zusammenfassung der seltener genannten Gründe in der Gliederung nach Geschlecht und Altersgruppen ergibt sich, dass bei den Arbeitsuchenden im Alter von unter 30 Jahren andere Gründe als die Arbeitsuche nach Entlassung nur deshalb überwogen, weil anzunehmen ist, dass viele in dieser Altersgruppe noch auf der Suche nach ihrer ersten Arbeitsstelle sind. Bei den Frauen im mittleren Alter scheint dagegen die Rückkehr in das Erwerbsleben nach der Arbeit in der Familie im Vordergrund zu stehen.

Ein weiterer Einblick in die Motivstrukturen der Arbeitsuche ergibt sich aus der Frage an Arbeitsuchende, weshalb sie nicht innerhalb von zwei Wochen für eine neue Arbeitsstelle verfügbar sind. Diese Frage betraf mit 210 000 Personen etwas mehr als jeden Fünften der 1 020 000 Arbeitsuchenden. Bedingt durch den Einschluss der arbeitsuchenden Erwerbstätigen in diese Frage gaben jeweils rund ein Drittel der Männer und Frauen eine noch bestehende Tätigkeit als Grund für die Nichtverfügbarkeit für eine neue Arbeitsstelle an. Rund 20 000 Frauen gaben an, wegen persönlicher oder familiärer Verpflichtungen nicht sofort eine neue Arbeitsstelle annehmen zu können. Anders als bei allen anderen in diesem Zusammenhang genannten Gründen dominierten hier die Frauen mit mehr als 82 % aller Nennungen.

Aufschlussreich sind auch die Antworten auf die in einer Unterstichprobe gestellte Frage nach den Gründen, weshalb Nichterwerbstätige keine Arbeit suchen, weil auch diese Antworten Rückschlüsse auf die entsprechend gegenteiligen Motive der Arbeitsuchenden ermöglichen. Die wenigen Frauen, die als Arbeitsuchende wegen persönlicher oder familiärer Verpflichtungen ihre Arbeit nicht sofort aufnehmen könnten, erscheinen in einem ganz anderen Licht, wenn man sie im Zusammenhang mit 882 000 Frauen betrachtet, die wegen der gleichen Verpflichtungen von vornherein auf eine Erwerbstätigkeit verzichten. Unter diesem Blickwinkel ist es so zu sehen, dass von insgesamt 902 000 sichtbar familiär verpflichteten Frauen – die erwerbstätigen Frauen wurden nicht danach gefragt – nicht einmal 3 % eine Erwerbstätigkeit anstreben. Noch häufigere Gründe für den Verzicht auf eine Erwerbstätigkeit waren nur noch der Ruhestand in der Abgrenzung des erwerbsfähigen Alters bis zum Altersjahr 74 nach dem ILO-Konzept und eine schulische oder berufliche Ausbildung.

Aus dem bisherigen Berichtswochenkonzept[2)] des Mikrozensus ergibt sich eine deutliche Untererfassung der Personen, die vorübergehend keine

Nichterwerbstätige Arbeitsuchende nach Gründen für die Arbeitsuche



Grafik: LDS NRW

2) Bis einschließlich 2004 wird der Mikrozensus jährlich für eine feste Berichtswoche im April oder Anfang Mai erhoben. Dadurch werden alle im Zeitablauf saisonal schwankenden Merkmale entweder über- oder unterschätzt. Erst ab dem Jahr 2005 wird der Mikrozensus über das ganze Jahr verteilt erhoben. Die Antworten beziehen sich dann jeweils auf die Woche, die der Beantwortung vorausgegangen sein wird. Die Berechnung von Jahresdurchschnitten ergibt danach eine Glättung der saisonalen Schwankungen.

Gründe für Nichtarbeitsuche nach Frauenanteil und Altersgruppe

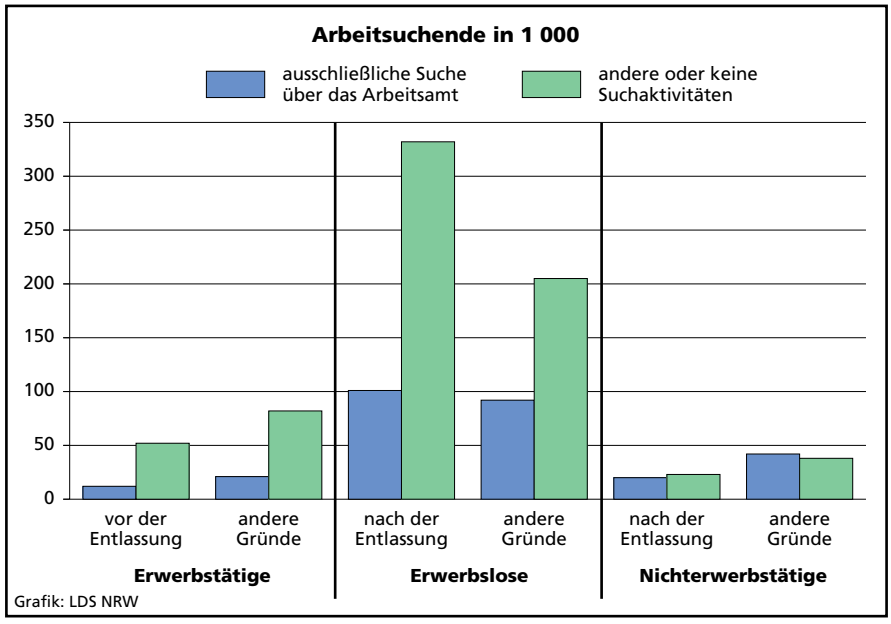
Grund für Nichtarbeitsuche	Nichtarbeitsuchende				
	insgesamt		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren		
	insgesamt	darunter Frauen	15 – 30	30 – 55	55 – 75
	1 000	%	1 000		
Wiedereinstellung erwartet (nach vorübergehender Entlassung)	/	/	/	/	/
Krankheit oder (vorübergehende) Arbeitsunfähigkeit	97	56,8	/	50	42
Frühinvalidität oder sonstige Behinderung	115	38,6	/	50	59
Persönliche oder familiäre Verpflichtungen	908	97,2	137	575	195
Schulische oder berufliche Ausbildung	1 025	48,8	975	43	/
Ruhestand	2 770	50,9	/	79	2 684
Arbeitsmarkt bietet keine Beschäftigungsmöglichkeit	28	70,4	/	(15)	(11)
Aus sonstigen Gründen	591	78,1	98	205	288
Insgesamt	**5 536**	**60,9**	**1 230**	**1 019**	**3 287**

Arbeit haben, aber auch keine neue Arbeit suchen, weil sie in der Saison ihrer Branchen mit der Wiedereinstellung rechnen können. Die im Ergebnis fast fehlende Nennung dieses Grundes für die Nichtarbeitsuche bedeutet daher nur, dass die Berichtswoche z. B. in die Saison der Baubetriebe oder der Fremdenverkehrsbetriebe gefallen ist.

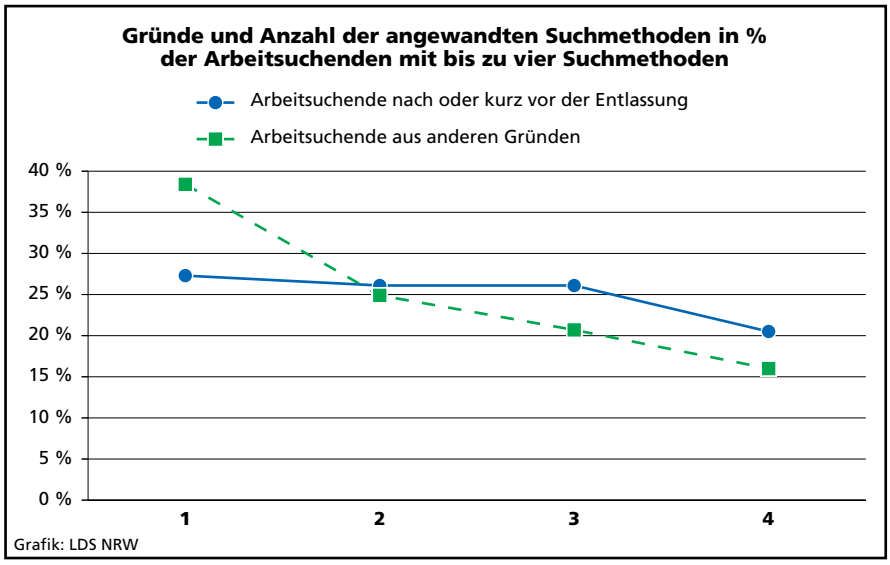
Nach diesem Seitenblick auf die Nichtarbeitsuchenden stellt sich die Frage, in welchem Zusammenhang die Gründe für die Arbeitsuche mit den Suchmethoden zu sehen sind. Wegen der bereits beschriebenen überdeutlichen Schwerpunkte in beiden Dimensionen kann dies nur in sehr groben Unterteilungen geprüft werden. Eine Zusammenfassung aller erwerbstätigen Arbeitsuchenden, die als Grund die bevorstehende Entlassung oder eine Übergangstätigkeit angegeben hatten, mit den bereits entlassenen Arbeitsuchenden umfasste insgesamt 539 000 Personen. Andere Gründe für die Arbeitsuche hatten insgesamt nur 481 000 Arbeitsuchende. Von den kurz vor oder nach der Entlassung Suchenden waren 11,8 % noch erwerbstätig und 8,0 % nicht erwerbstätig im Sinne der ILO-Definition. Die übrigen 80,2 % waren erwerbslos. In dieser Gruppe von Arbeitsuchenden gab es 67 000 Männer und 34 000 Frauen, die ausschließlich die Suche über das Arbeitsamt als Suchaktivität angegeben hatten. Die fehlende Kombination mit anderen Suchaktivitäten kann dabei als Indikator für eine etwas verhaltenere Form der Arbeitsuche angesehen werden, denn unabhängig vom Erwerbsstatus und dem Geschlecht betrug die mittlere Suchdauer bei allen 287 000 nur über das Arbeitsamt Suchenden 21 Monate, während alle 681 000 Arbeitsuchende mit ergänzenden Suchaktivitäten bis zum Zeitpunkt der Befragung nur 18 Monate gesucht hatten. Bei den aus anderen Gründen als der vorausgegangenen Entlassung nichterwerbstätigen bzw. für die Aufnahme einer Arbeit nicht sofort verfügbaren Arbeitsuchenden dauerte die ausschließliche Arbeitsuche über das Arbeitsamt bei Männern mit 25 Monaten und Frauen mit 22 Monaten am längsten. Bemerkenswert ist dabei, dass selbst bei vergleichbarem Hintergrund und gleicher Suchmethode der vorher schon aus der Wirtschaftsstruktur begründete Abstand zwischen Männern und Frauen erhalten bleibt. Nicht zu übersehen ist, dass der relative Anteil der Arbeitsuchenden, die ausschließlich über das Arbeitsamt suchen, bei den nicht im Umfeld mit einer Entlassung Suchenden höher ausfällt. Das bedeutet, dass die Entlassung nicht nur der wichtigste Grund für die Arbeitsuche ist, sondern auch mehr Aktivität bei der Arbeitsuche auslöst.

Ansatzweise ist dies auch an der Zahl der Suchaktivitäten der nach abhängigen Beschäftigungen Suchenden erkennbar. Nicht beobachtbar ist dabei die Aktivität der nach einer selbstständigen Tätigkeit Suchenden und des zum Zeitpunkt der Befragung passiven Personenkreises. Hinzu kommt die Notwendigkeit, den folgenden Vergleich auf maximal vier Suchmethoden zu beschränken, da mehr als vier Nennungen auf den Kreis der Selbstausfüller[3)] beschränkt waren. Der Zusammenhang dieses Kriteriums mit der Suchdauer ist auch nach den genannten Einschränkungen gegeben: Arbeitsuchende mit nur einer Suchmethode suchten im Durchschnitt 21 Monate, während

3) Als Selbstausfüller werden die Haushalte bezeichnet, die auf die Hilfe der Interviewer verzichten und es vorziehen, einen überlassenen Erhebungsvordruck selbst auszufüllen. Dieser Vordruck ermöglichte – ebenso wie die auf Laptops installierten Programme – Mehrfachnennungen ohne Begrenzung. Der im Jahr 2003 noch überwiegend eingesetzte Vordruck für Interviewer erlaubte dagegen aus Platzgründen höchstens vier Eintragungen für die unterschiedlichen Suchmethoden.



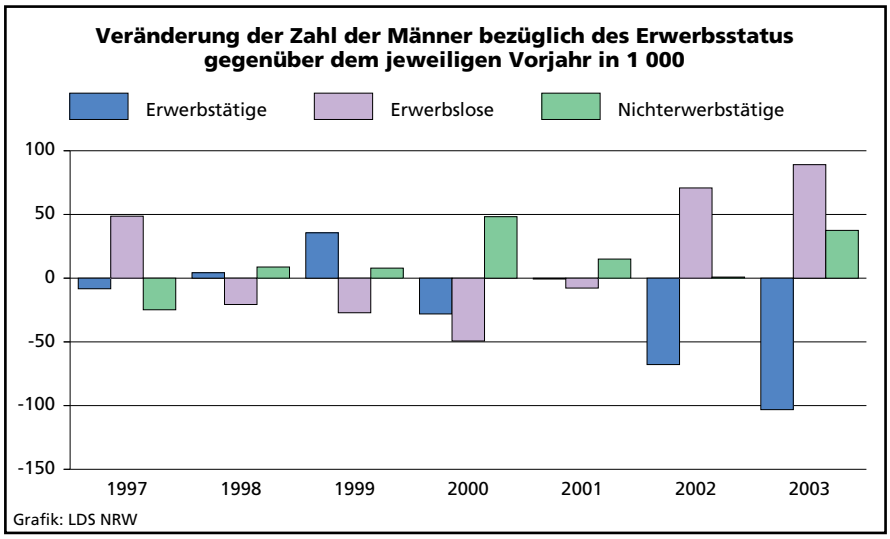
Grafik: LDS NRW

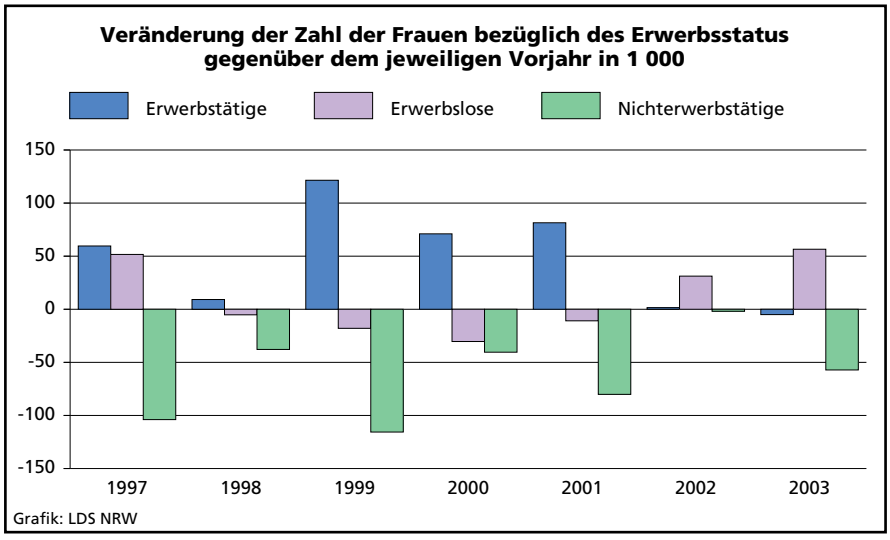


Arbeitsuchende mit drei oder vier angewandten Methoden im Mittel nur 17 Monate aktiv waren. Der betrachtete Ausschnitt umfasst noch 89,4 % aller Arbeitsuchenden. Wie in der obigen Grafik deutlich zu sehen ist, zeigt sich im Ergebnis, dass die Arbeitsuchenden nach oder vor der Entlassung auch bezüglich der Zahl der angewandten Suchmethoden deutlich aktiver sind als Arbeitsuchende, die aus anderen Gründen suchen.

Entwicklung der Bevölkerung nach dem Erwerbsstatus und der Arbeitsuche seit 1996

Der im ersten Abschnitt bereits erwähnte Anteil der beim Arbeitsamt gemeldeten Arbeitsuchenden von fast 96 % an allen Arbeitsuchenden wird erst durch den Vergleich mit früheren Jahren als etwas Besonderes sichtbar. In allen Jahren seit 1996[4)] hat dieser Anteil nie über 82 % gelegen. Mit der im Jahr 2002 erfolgten Erhöhung der Zahl der erwerbslosen Männer und Frauen um rund 100 000 Personen gegenüber dem Vorjahr und einem Anstieg der Erwerbslosenzahl im Jahr 2003 um weitere 150 000 Personen hat der vorher angesprochene Anstieg nur wenig zu tun, weil in allen 8 Jahren seit 1996 stets mehr als 90 % der Erwerbslosen beim Arbeitsamt gemeldet waren. Außerdem ist zu sehen, dass der Anstieg des Anteils der erwerbslosen Arbeitsuchenden um nur 5 Prozentpunkte im Jahr 2003 gegenüber dem Mittelwert der vorherigen Jahre nicht geeignet war, die Quote der beim Arbeitsamt Gemeldeten auf die aktuelle Höhe zu bringen. Stattdessen beruht dieser Anstieg auf Gesetzesänderungen im Bereich der Arbeitsvermittlung. Bei den nichterwerbstätigen Arbeitsuchenden, die sich von den Erwerbslosen im Wesentlichen nur durch die eingeschränkte Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt unterscheiden, war der Anteil der beim Arbeitsamt Gemeldeten fast kontinuierlich von rund 70 % im Jahr 1996 auf etwas mehr als 80 % im Jahr 2002 gestiegen. Im Jahr 2003 ergab sich dann ein deutlicher Sprung um rund 13 Prozentpunkte. Durch die Neuregelung, dass Erwerbstätige sich nicht erst nach ihrer Entlassung, sondern bereits zum Zeitpunkt des bekannt Werdens der bevorstehenden Entlassung an die Arbeitsverwaltung wenden können bzw. müssen, gab es in dieser Gruppe von Arbeitsuchenden den größten Sprung. In den früheren Jahren waren nie mehr als 35 % der erwerbstätigen Arbeitsuchenden beim Arbeitsamt gemeldet.



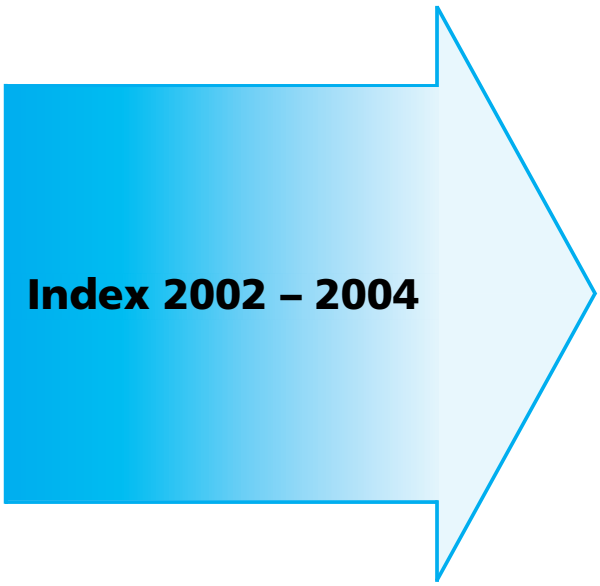


4) Das Startjahr 1996 für die Zeitreihe wurde aus pragmatischen Gründen gewählt, weil erst ab diesem Jahr der Aufbau des Datensatzes für den Mikrozensus nicht mehr wesentlich verändert worden ist.

Diese Obergrenze wurde im Jahr 2003 um fast 50 Prozentpunkte überschritten. Im Rückblick auf die Methoden der Arbeitsuche wird nicht nur deutlicher, weshalb die Dominanz der Suche über das Arbeitsamt im Jahr 2003 noch weiter zugenommen hat, sondern auch weshalb die im Jahr 2002 noch sichtbaren Unterschiede in den Suchstrukturen zwischen erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Arbeitsuchenden sich fast ausgeglichen haben.

Bei einer durchschnittlichen Suchdauer von mehr als einem Kalenderjahr liegt es nahe, die Suchstrukturen auch mit den Veränderungen des Erwerbsstatus der Personen im erwerbsfähigen Alter gegenüber dem Vorjahr zu vergleichen. Dazu ist voraus zu schicken, dass Schwankungen in der Gesamtzahl der Erwerbsfähigen dazu führen, dass Veränderungen in einer Statusgruppe nicht vollständig durch gegenläufige Veränderungen in den anderen Statusgruppen ausgeglichen werden. Diese Schwankungen erreichten mit einem Rückgang um 42 000 Erwerbsfähige im Jahr 1998 und einer Zunahme um 35 000 Erwerbsfähige im Jahr 2002 ihre Extremwerte. Der Rückgang bewirkte bei den Frauen eine Reduktion der Zahl der Nichterwerbspersonen und bei den Männern einen Rückgang der Zahl der Erwerbslosen. Der Indikator „Anteil der ausschließlich über das Arbeitsamt Suchenden" erreichte im Jahr 1998 mit 29,8 % der männlichen und 26,5 % der weiblichen Arbeitsuchenden ein relatives Minimum, welches bei beiden Geschlechtern erst im Jahr 2002 unterboten wurde. Eine Gemeinsamkeit zwischen den Jahren 1998 und 2002 zeigt sich nur zeitversetzt: Während die Intensivierung der Arbeitsuche im Jahr 2002 mit dem bereits genannten Anstieg der Zahl der Erwerbslosen gegenüber dem Vorjahr in Verbindung steht, ergab sich ein vergleichbarer Anstieg der Zahl der Erwerbslosen bereits im Jahr 1997.

Abgesehen vom deutlichen Anstieg im Jahr 2003 bei beiden Geschlechtern hatten im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2002 rund 50 % aller arbeitsuchenden Männer, aber nur 40 % aller arbeitsuchenden Frauen ihre Arbeitsuche mit der bevorstehenden oder bereits erfolgten Entlassung begründet. Der Hintergrund dieser Differenz ist bei den Frauen im Zeitraum der Jahre 1999 bis 2001 besonders deutlich zu sehen. In diesen Jahren erhöhte sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen um insgesamt 274 000 Personen. Die gegenläufige Veränderung bezog sich nur zu 20 % auf erwerbslose Frauen. Der Rest entfiel auf Frauen, die aus der Nichterwerbstätigkeit heraus eine neue Beschäftigung aufgenommen hatten. Nach sehr uneinheitlichen Wechseln des Erwerbsstatus in den eben betrachteten Jahren zeigt sich bei den Männern erst in den Jahren 2002 und 2003, dass nicht der Wechsel von der Erwerbstätigkeit in die Nichterwerbstätigkeit, sondern der Wechsel von der Erwerbstätigkeit in die Erwerbslosigkeit – mit anschließender Arbeitsuche – als geschlechtsspezifisches Charakteristikum der Männer anzusehen ist. Die Auswirkungen dieser Struktur auf die Methoden und die Dauer der Arbeitsuche sind in den vorhergehenden Abschnitten bereits beschrieben worden.


Index 2002 – 2004

Band Bestell-Nr. Preis	Thema

Ausgaben des Jahres 2004

Band 18
Z 08 1 2004 56
2,10 EUR

Gesamtwirtschaftliche Investitionen: Schlüssel zur ökonomischen Leistungsfähigkeit von Regionen? Ein Vergleich der regionalen Investitionstätigkeit
Dr. Marco Scharmer

Arbeitsuchende und Methoden der Arbeitsuche in NRW
Dipl.-Math. Paul Berke

Band 17
Z 08 1 2004 55
3,00 EUR

Von der Volkszählung 1987 zum registergestützten Zensus 2010?
Diplom-Volkswirt Helmut Eppmann

Die Qualität der kommunalen Melderegister in Nordrhein-Westfalen – Ergebnisse des Zensustests
Dr. Michael Forster

Ergänzende Verfahren für einen künftigen registergestützten Zensus
Diplom-Statistiker Josef Schäfer

Ergebnisse des Zensustests
Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Band 16
Z 08 1 2004 54
6,10 EUR

Die Entwicklung der kreisfreien Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen

Band 15
Z 08 1 2004 53
2,10 EUR

Die Umsatzsteuerstatistik als Quelle wirtschaftsstatistischer Analysen
Diplom-Volkswirt Hans-Jürgen Treeck

Chefin oder Chef: Neu zu gründende Gewerbebetriebe im Jahre 2003 unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten
Diplom-Volkswirtin Doris Blechinger

Aspekte des Erwerbsverhaltens älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Ergebnisse des Mikrozensus 1996 und 2003
Daniel Lois, Diplom-Soziologin Anke Gerhardt

Band 14
Z 08 1 2004 52
2,10 EUR

Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2002 bis 2020/2040
Diplom-Ökonom Udo Nockemann

Die Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im Jahr 2000
Dipl.-Volkswirt, Dipl.-Kaufmann Hermann Marré

Band Bestell-Nr. Preis	Thema

noch: **Ausgaben des Jahres 2004**

Band 13
Z 08 1 2004 51
2,10 EUR

Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder
Dr. Sylvia Zühlke, Dipl.-Volkswirt Markus Zwick, Dipl.-Sozialwirt Sebastian Scharnhorst, Dipl.-Soziologe Thomas Wende

Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus
Dr. Johannes Stauder, Wolfgang Hüning

Ausgaben des Jahres 2003

Band 12
Z 08 1 2003 56
3,00 EUR

Europäische Umfrage zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten 2002
Heike Schrankel

Arbeitslosigkeit, Erwerbslosigkeit, Stille Reserve – unterschiedliche Messkonzepte zur Beschreibung der Beschäftigungslücke
Dr. Wolfgang Seifert

Der Verbraucherpreisindex – Inflationsmessung in NRW und in der EU
Dipl.-Kfm. Bernd Kreuels

Rentner sein und Rentner werden: Rentnereinkommen und private Altersvorsorge – Ergebnisse des Mikrozensus
Dr. Olivia Wüthrich-Martone

Band 11
Z 08 1 2003 55
3,00 EUR

Räumliche Mobilität und Familienzyklus – Eine Analyse auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels
Dr. Johannes Stauder

Lebenslagen älterer Menschen
Dr. Johannes Stauder

Entwicklung des Gastgewerbes 1998 bis 2002
Dipl.-Soziologin Petra Rose

Band 10
Z 08 1 2003 54
3,50 EUR

Ausgaben im Schulwesen – Eine schulformbezogene Untersuchung
Dipl.-Volkswirt Heinz-Peter Emmerich, Werner Fleischmann, Joachim Hohmeyer, Gerd Körner, Frank Breuers

Band 9
Z 08 1 2003 53
4,00 EUR

Soziale und wirtschaftliche Situation allein Erziehender
Dipl.-Sozialwiss. Gerhard Lenz, Yvonne Bergmann

Band Bestell-Nr. Preis	Thema

noch: **Ausgaben des Jahres 2003**

Band 8
Z 08 1 2003 52
2,00 EUR

Strukturdaten zur Entstehung der Gewerbesteuer 1998 – Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik
Dipl.-Ökonom Lars Stegenwaller

Die Arbeitsmarktintegration ausländischer Selbstständiger
Veysel Özcan, Dr. Wolfgang Seifert

Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende 2001 im Querschnitt
Dipl.-Volkswirt Klaus Joggerst

Band 7
Z 08 1 2003 51
4,70 EUR

Arbeitszeitflexibilisierung und Normalarbeitsverhältnis – Entwicklungen und Trends 1998 bis 2001
Dipl.-Sozialwiss. Alfred Hullmann, Dr. Wolfgang Seifert und Bertram Cloos

Arbeitsplatzstrukturen und Tätigkeiten der Erwerbstätigen – Ergebnisse des Mikrozensus 2000
Dipl.-Mathematiker Paul Berke, Günter Scheibel

Ausgaben des Jahres 2002

Band 6
Z 08 1 2002 56
1,30 EUR

Datenbedarf der Wissenschaft – Ein Bericht des Forschungsdatenzentrums der statistischen Landesämter über die erste Nutzerbefragung
Dr. Sylvia Zühlke und Uwe Hetke

Band 5
Z 08 1 2002 55
2,30 EUR

Die neue Insolvenzstatistik im Licht der Ergebnisse 1999 – 2001
Dipl.-Ökonom Lars Stegenwaller

Neue Typisierungen von Haushalten und Lebensformen für den Mikrozensus
Dr. Johannes Stauder

Wenn sich Paare trennen – die Bedeutung der Arbeitsteilung in Beruf und Haushalt für die Ehestabilität
Dr. Johannes Stauder

Treibhausgase und ozonschichtschädigende Stoffe
Erik Lüngen

Band 4
Z 08 1 2002 54
4,50 EUR

Die Mehrfachfallprüfung um Zensustest 2001 – Konzeption und Ablaufplan
Dr. Marco Scharmer

Die Statistiktauglichkeit der Einwohnermelderegister – Untersuchungen im Rahmen des Zensustests 2001
Dr. Michael Forster

Band Bestell-Nr. Preis	Thema

noch: **Ausgaben des Jahres 2002**

Noch: **Band 4**
Z 08 1 2002 54
4,50 EUR

Postalische Gebäude- und Wohnungszählung im Zensustest 2001 – Erfahrungen in NRW
Dipl.-Sozialwirt Sebastian Scharnhorst und Dr. Henrik Egbert

Die Haushaltegenerierung im Zensustest 2001 – Eine neue Methode in der amtlichen Statistik
Dr. Marco Scharmer

Die Rolle der Haushaltebefragung im Zensustest 2001
Dipl.-Statistiker Josef Schäfer

Band 3
Z 08 1 2002 53
10,00 EUR

Mobilität und Verkehrsverhalten der Ausbildungs- und Berufspendlerinnen und -pendler
Dipl.-Sozialwiss. Alfred Hullmann und Bertram Cloos

Band 2
Z 08 1 2002 52
2,50 EUR

Testerhebung 2000: „Statistische Erfassung von Wohnungslosigkeit“ – Erfahrungsbericht
Dipl.-Statistikerin Katharina Götz und Bernd Goritzka

Anpassung der Kreisberechnungen der Bruttowertschöpfung an das neue Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
Dipl.-Volkswirt Hans-Jürgen Treeck

Band 1
Z 08 1 2002 51
3,20 EUR

Haushaltstypisierung im Rahmen des registergestützten Zensustests
Dr. Marco Scharmer

Die Ermittlung des Wohnungsinhabers im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) und deren Bedeutung für die Haushaltegenerierung
Dr. Henrik Egbert und Dr. Marco Scharmer

Räumliche Mobilität und Arbeitsmarktprozesse – Eine Analyse auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels
Dr. Sylvia Zühlke und Uwe Hetke

Sicherung persönlicher Angaben in Tabellendaten
Dipl.-Physiker Rüdiger Dietz Repsilber

Das Personal des Landes am 30. Juni 2000 – Regionalisierte Ergebnisse der Personalstandstatistik
Dipl.-Volkswirt Heinz-Peter Emmerich